

SOZIALISTISCHE ARBEITERZEITUNG

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Die Nazis schwenken in die Schleicher-Front

Vertagung des Reichstags mit Nazihilfe gesichert – Zweideutige Haltung der SPD-Fraktion – Sozialdemokratischer Chefredakteur für Tolerierung Schleichers und Reichstagsvertagung mit Art. 48!

Berlin, 7. Dezember.
Die erste Sitzung des neugewählten Reichstages ist äußerlich ruhig und ohne besondere Zwischenfälle verlaufen. Der nationalsozialistische Abgeordnete General v. Litzmann hielt als Alterspräsident eine längere Rede, die ein einziges wehleidiges Gefammere über die Nichtberufung Hitlers war. Der nationalsozialistische General polemisierte in diesem Zusammenhang gegen den Reichspräsidenten, dem er sagte, er möge aufpassen.

„dass er dem historischen Fluch entgehe, das deutsche Volk zur Verzweiflung getrieben und dem Bolschewismus preisgegeben zu haben, obwohl der Retter bereitstand.“

Bei diesen und ähnlichen Torheiten gab es auf der Linken viel Heiterkeit und ironische Zwischenrufe.

Vor der Wahl des Präsidiums beantragten Dr. Frick für die NSDAP und Torgler für die KPD die sofortige Haftentlassung zweier nationalsozialistischer und dreier kommunistischer Abgeordneter. Der Sozialdemokrat Dittmann stimmte der Haftentlassung der drei Kommunisten zu, erklärte aber, die Angelegenheit der beiden Naziabgeordneten müsse erst im Geschäftsausschuss geprüft werden, weil diesen Abgeordneten Totschlag und Bombenlegerei zur Last gelegt werde. Hierauf erklärt Dr. Frick, nach dem Widerspruch des Abgeordneten Dittmann gegen die sofortige Haftentlassung der Nationalsozialisten widerspreche er auch der sofortigen Haftentlassung der Kommunisten. Gegen Schluss der Sitzung kann jedoch, da der Widerspruch allerseits fallen gelassen wird, die Abstimmung über die Haftentlassung vorgenommen werden. Mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten wird

die Haftentlassung der 5 Abgeordneten beschlossen.

Zur Wahl des Reichstagspräsidiums schlagen die Nationalsozialisten den Abgeordneten Goering, die Sozialdemokraten den Abgeordneten Löbe, die Kommunisten den Abgeordneten Torgler und die Deutschnationalen den Abgeordneten Graef vor.

Die kommunistische Fraktion erklärt, in der Stichwahl würde sie für Löbe stimmen, obwohl die Kommunisten nach wie vor die Hauptschuld an der Stärke des Faschismus den Sozialdemokraten beimessen. Es kommt jedoch nicht zur Stichwahl, da Abgeordneter Goering mit 279 Stimmen bereits im ersten Wahlgang (durch die Unterstützung des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei) die absolute Mehrheit erhält. Löbe erhielt 120, Torgler 92 und Graef 51 Stimmen.

Für die Wahl des 1. Vizepräsidenten schlägt der Nationalsozialist Frick den Zentrumsabgeordneten Esser vor. Diesem Vorschlag schließt sich der Sozialdemokrat Löbe für seine Fraktion an; die Sozialdemokraten verzichten also von vornherein auf den Kampf um den Posten des 1. Vizepräsidenten. Abgeordneter Esser wird mit 445 Stimmen gewählt, 93 Stimmen entfallen auf den Kommunisten Torgler.

Zur Wahl des 2. Vizepräsidenten schlagen die Sozialdemokraten Löbe, die Nationalsozialisten den Abgeordneten Rauch von der Bayerischen Volkspartei, die Deutschnationalen den Abgeordneten Graef und die Kommunisten wieder Torgler vor. Der

erste Wahlgang ergibt 195 Stimmen für Rauch, 198 für Löbe, 58 für Graef und 93 für Torgler. In der Stichwahl, die zwischen Rauch und Löbe notwendig ist, wird Rauch mit 255 Stimmen gewählt, während auf Löbe 202 entfielen.

Zur Wahl des 3. Vizepräsidenten schlagen die Nationalsozialisten den Abgeordneten Dr. Hugo von der Deutschen Volkspartei, die Sozialdemokraten Löbe, die Deutschnationalen Graef und die Kommunisten Torgler vor. Es erhalten Dr. Hugo 204, Löbe 193, Torgler 87 und Graef 52 Stimmen. Die Stichwahl zwischen Hugo und Löbe entscheidet für Löbe mit 205 gegen 204 Stimmen.

Damit ist der „Arbeitsstoff“ der ersten Sitzung erledigt.

Die eigentliche politische Entscheidung fällt aber erst jetzt bei der Tagesordnung für die zweite Sitzung.

die am heutigen Mittwochnachmittag durchgeführt werden soll. Nach dem Vorschlag des Präsidiums sollen lediglich behandelt werden: Der Gesetzentwurf über die Vertretung des Reichspräsidenten, Anträge auf Aenderung der Notverordnung vom 4. September, Amnestieanträge und Anträge auf Winterhilfe und Arbeitsbeschaffung. Für die SPD beantragt Löbe, auch die Entgegennahme einer Regierungserklärung

„Laßt Schleicher arbeiten!“

Neue sozialdemokratische Tolerierungspolitik in Sicht?

Im Zentralorgan der hessischen Sozialdemokratie, in dem in Darmstadt erscheinenden „Hessischen Volksfreund“, veröffentlicht der Chefredakteur dieses Blattes, Seubert, einen Leitartikel, in dem er unter dem Motto „Laßt Schleicher arbeiten!“

unverhüllt für Tolerierung des Schleicher-Kabinetts, ja noch mehr: für Vertagung des Reichstags mit Hilfe des Artikels 48 eintritt. Die wichtigsten Absätze dieses Artikels wollen wir im Wortlaut wiedergeben:

„Es bleibt praktisch nur die Möglichkeit einer durch den Reichspräsidenten bestellten Regierung, die den Reichstag von einer Mitarbeit an der Regierung solange ausschaltet, als er außerstande ist, eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden. Es ist mit dem Artikel 48 so vieles gemacht worden, was mit dem Willen der Verfassung nicht vereinbar ist — man denke nur an die Amtsenthebung der preussischen Regierung Braun-Severing —, daß uns auch eine Vertagung des Reichstags auf Grund von Artikel 48, für die uns wirklich ein staatlicher Notstand gegeben zu sein scheint, nicht mehr schreckt. ... Wir haben aber auch

kein Interesse an einem Sturz der Regierung Schleicher, solange wir keine uns genehmere Regierung an ihre Stelle treten sehen. Die Situation

erklärung und die Anträge auf Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit auf die Tagesordnung zu setzen. Der Kommunist Torgler verlangt ergänzend, daß auch die Anträge auf Aufhebung aller Notverordnungen und die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Schleicher in der Mittwochsitzung behandelt werden

Da erhebt sich der sozialdemokratische Fraktionsführer Breitscheid und widerspricht dem kommunistischen Vorgehen, denn die neue Regierung habe einen Anspruch darauf, mit ihrem Programm gehört zu werden!

In der nun folgenden Abstimmung wird der kommunistische Antrag, das Mißtrauensvotum auf die Tagesordnung der Mittwochsitzung zu setzen, mit allen Stimmen gegen die der Kommunisten abgelehnt. Ebenso wird abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten der sozialdemokratische Antrag auf Entgegennahme einer Regierungserklärung. Es bleibt demnach beim Vorschlag des Präsidiums.

Diese Abstimmungen über die Tagesordnung können als

Vorbereitung für die weiterreichende Frage der Vertagung des Reichstags gewertet werden. Hier ist praktisch politisch

ausschlaggebend, daß die Nationalsozialisten, die übrigens während der Präsidiumswahl in bemerkenswerter Harmonie mit Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Deutscher Volkspartei operiert haben, den sozialdemokratischen Antrag auf sofortige Entgegennahme einer Regierungserklärung ablehnten. Es wird danach ganz allgemein angenommen,

daß die Nationalsozialisten bereit sein werden, nach Erledigung der jetzt zur Vertagung stehenden Vorlagen schon in den nächsten Tagen für die Vertagung des Reichstages bis Mitte Januar zu stimmen.

Damit schwenken die Nationalsozialisten in die Schleicher-Front ein, tolerieren dieses reaktionäre Kabinett und ermöglichen ihm sein Wirken zum Schaden der breiten Massen. Der entscheidende Grund für diese Haltung ist wohl in der Angst der Nazis vor Neuwahlen zu suchen.

Aber auch die Haltung der SPD war keineswegs eindeutig.

In flammenden Aufrufen haben die Sozialdemokraten dem Kabinett Schleicher „allerhöchste Opposition“ und „allergrößtes Mißtrauen“ angekündigt, aber die sofortige Beratung der Mißtrauensanträge haben sie abgelehnt. Das bedeutet, daß die SPD nicht einmal ihre parlamentarische Opposition ehrlich meint und wirklich ernsthaft durchführt, ganz abgesehen davon, daß eine parlamentarische Opposition ja überhaupt nur dann Bedeutung hätte, wenn sie parallel ginge mit entsprechenden außerparlamentarischen Aktionen. An einen solchen, allein bedeutsamen Kampf gegen die Schleicher-Reaktion dankt aber die SPD-Führung nicht, zumal im Vorstand des ADGB, wie wir gestern zeigten, und auch in den Reihen der SPD, wie wir weiter unten derlegen,

beachtliche Stimmung für eine Tolerierung Schleichers

vorhanden ist. Der Verlauf der ersten Reichstagsitzung bietet also nicht nur für die Anhänger der Nationalsozialisten, sondern auch für die sozialdemokratischen Arbeiter wichtigen Stoff zum Nachdenken!

Der Preis für den Nazi-Umfall

Die „Berliner Volkszeitung“ berichtet, dem Umfalle der Nationalsozialisten liege ein Pakt der NSDAP mit dem in der Eröffnungssitzung des Reichstages Zentrum ebenso wie mit der Reichsregierung zugrunde. Es soll bereits ein Abkommen über die Bildung einer Koalitionsregierung in Preußen zustande gekommen sein. Das Zentrum habe den Nazis den Posten des preussischen Ministerpräsidenten zugebilligt. Ein preussischer Minister solle gleichzeitig Mitglied des Reichskabinetts werden. Diese Abmachungen im Verein mit den Drohungen, der Reichstag würde aufgelöst, haben nach den Mitteilungen des Berliner Blattes Hitler bewegt, seiner Reichstagsfraktion den Befehl zu erteilen, den neuen Reichskanzler zu unterstützen und indirekt für das Kabinett einzutreten. Nach der Lage der Dinge kommt diesen Mitteilungen ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit zu.

Dieser Artikel erregt in der bürgerlichen Presse das größte Aufsehen. So schreibt die

(Fortsetzung nächste Seite)

Lehrerbildung - ein gesellschaftlicher Faktor

Von Georg Steinfeld

Neben der Zertrümmerung der Staatsschule durch die Wiederzulassung der privaten Schulen und Vorschulen und neben den Vorarbeiten gegen die verfassungsmäßig garantierten durchgeführten sozialen Schulreformen (Lernmittelfreiheit, Erziehungsbeiträge usw.) hat der Sparschnitt der Länderminister noch ein Gebiet entdeckt, das ihm ein geeignetes Objekt zur Ausübung seiner Sparwitz zu sein scheint, das ist die in den letzten Jahren eingetretene Verbesserung der Vorbildung der Volksschullehrer. Auch hier handelt es sich um die Aufkündigung eines Zuständnisses, das in der Angst des Novemberzusammenbruchs gemacht worden war, und das jetzt, nach der Befestigung der bourgeois Machtpositionen, nicht mehr aufrecht erhalten zu werden braucht.

In der Natur der Klassengesellschaft und des Klassenstaates liegt auch die Klassenschichtung in Bildungsangelegenheiten begründet, das ungleiche Maß der Bildungsmöglichkeiten, die verschiedene Art der Bildungsmöglichkeiten. Darin wurzelt die Geringschätzung der Volksschule und der an ihr beschäftigten Lehrer. Die Jugend der herrschenden Klasse, die nach der bürgerlichen Ordnung für die Leitung der wirtschaftlichen Unternehmungen wie des Staats- und Machtapparates aussersehen ist, die neben dem Profit und den hohen Einkommen auch in den uneingeschränkten Genüssen der Kulturgüter kommen soll, benötigt natürlich ganz anders geartete Bildungsinstitutionen und besser vorgebildete Vermittler der Kulturgüter wie der Nachwuchs des Proletariats, der zur Bedürfnislosigkeit, zu politischer Unterwerfung und wirtschaftlicher Ausbeutung erzogen werden soll. Die Lehrer an den höheren Schulen müssen infolgedessen selbst an den Quellen der Wissenschaft und Kunst getrunken haben, während für die Volksschullehrer eine Talimwissenschaft an Stelle der echten gerade gut genug ist. Im Jahre 1903, auf dem 2. Kulturreichstag, fasste der Direktor der Hamburger Kunstschule, Dr. Lichtwark, das allgemeine Urteil über die Volksschullehrer wohl durchaus zur Fund zusammen: „Ich habe mehr als einmal erlebt, daß, wenn ein als Mensch hervorragender Lehrer in einer Gesellschaft von Männern anderer Berufe Aufsehen erregt hatte, nachher Aeußerungen laut wurden, die das allgemeine Vorurteil grell beleuchteten: Wie schade, daß er Lehrer ist, hieß es. Er ist ja viel zu gut dafür. Ja, es ist oft genug vorgekommen, daß aus diesem Gefühl heraus der Versuch gemacht wurde, einen Lehrer, dessen Charakter und Begabung Eindruck gemacht hatten, in einen anderen Beruf zu befördern. Wie ein Schuljunge, der gesund und frisch ist, in Deutschland den Eindruck des Ungehörigen macht, so wirkt ein Lehrer von freiem, heiteren Wesen und überragendem Geist und Charakter als ein Widersinn.“

Kein Wunder! Die fast allgemein übliche Ausbildung der Volksschullehrer auf den durch hermetische Abgeschlossenheit von Wissenschaft und Leben isolierten Seminaren war durchaus so gestaltet, daß sie den Bedingungen entsprach, die die herrschende Schicht für die Bildung der Arbeiterklasse für ausreichend hielt. Und die Geschichte der Lehrerbildung weist auf genügend Kuriositäten hin, wo weiterblickende und sozial empfindende Seminardirektoren von der Aufsichtsbehörde wegen „stofflicher Ueberschreitungen“ gemafregelt worden sind, wenn sie in ihren Anstalten zuließen, daß der Rahmen des abgestempelten Bildungsmaßmaßes gesprengt wurde. Aber das waren nur rühmliche Ausnahmen. Der Durchschnitt der Lehrerbildung trug durchaus unwissenschaftlichen Charakter; es fehlte ihr jede Anleitung zum selbständigen Forschen und produktiven Gestalten. Die Seminare waren Abrihtungsanstalten für etwas methodische Routine, Dressuranstalten für handwerkliche Pedanterie und Paukerei, aber keine Pflanzstätten der Erziehung für künstlerisch-wissenschaftliche Arbeit am werdenden Menschen. Dazu kam, daß aller Unterricht dort, mochte es sich um Naturwissenschaften oder Geschichte oder etwas anderes handeln, unter dem Gesichtswinkel der Religion erteilt werden mußte, die das unerläßliche Requisite der Volksschule darstellte. Verstärkt wurden diese Mängel noch durch die völlig unzulänglichen Flachsmännergestalten, voll steifen Bürokratismus und lebensfeindlicher Orthodoxie, denen die Ausbildung der jungen Lehrgeneration übertragen wurde, und die sich oft genug aus verkrauteten Theologen und Philologen rekrutierten; ihnen selbst fehlte es meist an der wissenschaftlichen Schulung wie an den notwendigen Charaktereigenschaften. Die bildungsfeindliche Tendenz der Anstalten wurde auch noch dadurch unterstrichen, daß sie nicht selten in kulturarme und weltabgeschiedene Nester verlegt worden waren - wer von unseren Lesern kennt auch nur dem Namen nach solche „Kulturzentren“ wie Bederkesse und Karylenel - um die künftigen Erzieher abseits vom brausenden Strom des Lebens zu halten und sie auf ein gesellschaftliches Niveau herabzudrücken, dessen Kennzeichen Anspruchlosigkeit und Selbstgenügsamkeit heißen. Von einer harmonischen Entwicklung ihrer Kräfte und Anlagen, von einer Ausbildung, die auch nur in bescheidenem Rahmen den Namen einer abgerundeten Bildung verdient, kann unter solchen Umständen keine Rede sein. Wenn dann auch im Laufe der Zeit über die preussischen Regulative und die allgemeinen Bestimmungen hinweg gewisse Abschwächungen und Fortschritte zu verzeichnen sind, die sich aus den Notwendigkeiten des Tages ergeben, so ist doch an der grundsätzlichen Struktur der

„Abrüstung“ - für den Krieg

Scheitern der Fünfmächtekonferenz - Mandchurei Konflikt vor der Völkerbundsversammlung - Kein Zahlungsaufschub

Zur Zeit ist Hochbetrieb der „Friedensstifter“ im Völkerbund in Genf. Es tagen gegenwärtig die sogenannte Fünfmächtekonferenz und die Völkerbundsversammlung. Doch in keiner Stadt der Welt steht der Krieg, das kommende Völkermorden so drohend vor der ganzen Menschheit wie in Genf, in der Stadt des „Friedens“. Man redet stundenlang, verfaßt jeden Tag eilend Erklärungen über Abrüstung und Frieden, aber keiner der beteiligten Diplomaten hat dabei etwas anderes im Auge als für seine Nation die besten Chancen für den kommenden Krieg zu erschaffen und zu schaffen. Alle imperialistischen Gegensätze der Welt konzentrieren sich gegenwärtig in Genf.

Die Fünfmächtekonferenz, an der Amerika, England, Frankreich, Italien und Deutschland teilnehmen, wurde mit vieler Mühe zu dem ausgesprochenen Zweck zusammengebracht, die deutsche Regierung wieder zur Teilnahme an der nunmehr seit Jahren tagenden Abrüstungskonferenz zu veranlassen bzw. zu zwingen. Die deutsche Regierung hat sich vor Monaten bekanntlich von der Abrüstungskonferenz zurückgezogen und macht eine weitere Teilnahme abhängig von der ausdrücklichen Anerkennung der „Gleichberechtigung“ Deutschlands in der Rüstungsfrage durch die übrigen Staaten. Das wird von Frankreich mit seiner bekannten „Sicherheits“-These abgelehnt. Die übrigen kapitalistischen Räuber sind weder mit der deutschen noch mit der französischen These ganz einverstanden und versuchen, bei der Austragung des alten deutsch-französischen Gegensatzes ihre Sonderinteressen wahrzunehmen.

In den ganzen europäischen Konflikt spielt der große

Imperialistische Gegensatz Amerika England

hinein. Amerika als die heutzutage kapitalistische Vormacht der Welt will auch in jeder Hinsicht zur militärischen Vormacht werden. Es will unter Ausnutzung seiner finanzkapitalistischen Uebermacht die großen europäischen Mittelstaaten, vor allem England und Frankreich, zur Abrüstung zwingen. Um das zu erreichen, verlangt jetzt Amerika von England, Frankreich und im Gefolge auch von den übrigen europäischen Staaten die Rückzahlung der Kriegsschulden. Es verweigert einen Aufschub der am 15. Dezember fälligen großen Ratenzahlungen. Alle „Mahnungen“ der englischen und französischen Regierung haben den amerikanischen Präsidenten Hoover nicht abgehalten, jetzt in einer offiziellen „Botschaft“ auf der rastlosen Zahlung der fälligen Raten zu bestehen. Es würde darauf nur verzichten, wenn England und Frankreich sich den Abrüstungswünschen der USA fügen würden, was aber abgelehnt wird. Ein Musterbeispiel, wie die „Abrüstung“ zur Austragung imperialistischer Gegensätze und zur Kriegsvorbereitung benutzt wird.

Diese Gegensätze sind selbstverständlich nicht im Konferenzzimmer in Genf auszutragen. Und so ist es jetzt zu einem faktischen Scheitern der Fünfmächtekonferenz gekommen, was auch das endgültige Scheitern der Abrüstungskonferenz zur Folge haben muß. Bei den Diplomaten wird aber eine derartige Tatsache nicht so offen ausgesprochen, daß es auch der Laie verstehen könnte, sondern es

wird in tagelangen Verhandlungen nach der „Formel“ gesucht, um nach außen den offenen Bruch zu verschleiern. So wird gegenwärtig über den Antrag des amerikanischen Delegierten verhandelt, der dahin geht, daß die bisherigen „Errungenschaften“ und „Fortschritte“ der Abrüstungskonferenz festgestellt, im übrigen aber soll die Konferenz auf 3 Jahre vertagt werden soll. Während dieser Zeit soll eine Kommission weitertagen und weitere Vorschläge ausarbeiten.

Die Verhandlungen über den Mandchurei Konflikt wurde vor einigen Wochen vom Völkerbundsrat vertagt und an die Völkerbundsversammlung abgeschoben. Offensichtlich sehr zum Mißfallen der obersten Drahtzieher des Völkerbundes ist nun in der Völkerbundsversammlung am 6. Dezember der ganze Konflikt und damit der Bankrott des Völkerbundes erneut durch einen scharfen Vorstoß des chinesischen Vertreters aufgerollt worden. Der Vertreter Chinas stellte den ganz eindeutigen Antrag, daß der Völkerbund die offene Verletzung aller Verträge durch Japan ausprechen und Japan zum Rückzug seiner Truppen aus der Mandchurei zwingen müsse. Der Vertreter Japans erklärte demgegenüber höhnisch und brutal, die von China gewünschten Maßnahmen - die in der Tat nur den Völkerbundsverträgen entsprechen - müßte der Völkerbund mit Gewalt durchzuführen. Bezeichnend ist, daß sich die Vertreter der Großmächte an dieser heiklen Debatte gar nicht beteiligten, man überließ das den Vertretern der europäischen Mittel- und Kleinststaaten (Skandinavien, Tschechoslowakei), die sich restlos hinter die Auffassung des Vertreters Chinas stellten. Da selbstverständlich der Völkerbund nicht gegen Japan entscheiden will und kann, bleibt seinen führenden Mächten nichts anderes übrig, als durch Abweisung Chinas, wahrscheinlich in Form einer Vertagung des Konflikts auf den Sanft Nimmerleinstag, abzuweisen und so die völlige Ohnmacht des Völkerbundes vor aller Welt zu dokumentieren.

Die Hilflosigkeit des Völkerbundes ist so groß, daß er nicht einmal in der Lage ist, den Chacokrieg in Südamerika zwischen den an militärischer Macht sehr kleinen Staaten Bolivien und Paraguay zu verhindern bzw. zu beenden. Es wurde in dieser Frage beschlossen, eine Völkerbunds-kommission nach Südamerika zu schicken. Alles in allem - ein herrlicher Völkerfrieden!

Schwyzer Reaktion

Die Immunität Nicoles aufgehoben

WTB. Bern, 6. Dezember.

Der Nationalrat hat mit 121 bürgerlichen Stimmen gegen 47 Stimmen der Sozialisten und der Kommunisten die Immunität des sozialistischen Ratsmitgliedes Nicole aufgehoben. Nicole befindet sich wegen der Genfer Unruhen in Haft.

Wie überall, so gehen auch in der „demokratischen“ Schweiz der Bourgeoisie die Klasseninteressen stets über die Demokratie.

Arbeitslose plündern

Berlin, 6. Dezember.

CNB. Etwa 50 junge Burschen drängen gegen Geschäftsschluß in einen Fleischladen im Norden Berlins ein und plündern den Verkaufstand. Geraubt wurden vier Schinken, 75 Würste und Speckseiten. Etwa ein Dutzend junger Burschen drängen in ein Buttergeschäft im Südosten der Stadt. Sie raubten etwa 90 Pfund Wurst und entkamen unerkannt.

„Laßt Schleichler arbeiten“!

(Fortsetzung von Seite 1)

Frankfurter Zeitung“ zu diesen Bekenntnissen eines prominenten Sozialdemokraten u. a. folgendes:

„Diese Stimme eines sozialdemokratischen Parteiblattes steht einigermaßen im Einklang mit den Aeußerungen, die der „Excelsior“ von dem Abg. Leipart, dem Führer der Freien Gewerkschaften, berichtet. Wie weit andere Kreise der SPD, ihrer Anhängerschaft und ihrer Reichstagsfraktion, zu solcher Einsicht bereit sein werden, muß sich noch zeigen. Allzu voreilig erscheint mir die Bemerkung des Darmstädter Blattes zum Artikel 48. Eine Vertagung des Reichstags durch Verordnung des Reichspräsidenten wäre ein nackter Verfassungsverstoß, vor dem man sich bisher (auch unter Papen) gehütet hat, und der gegenwärtig keineswegs aktuell ist. Demokraten sollten sich nicht durch einen wissenschaftlichen Eingänger wie den Berliner Professor Carl Schmitt dazu verführen lassen, mit Begriffen wie dem eines „staatlichen Notstandes“ zu jonglieren. Sie sollten sich lieber an die Entscheidung des Staatsgerichtshofes halten, die für solche Kunstleien keinen Raum gelassen hat.“

Sogar die „Frankfurter Zeitung“, der man bestimmt keinen übertriebenen demokratischen Radikalismus nachsagen kann, muß also gegen diese sozialdemokratische Stellungnahme ihre warnende Stimme erheben. Noch deutlicher wird die linksdemokratische „Berliner Volkszeitung“, die erklärt, der Eindruck des radikalen Aufrufes des Parteivorstandes der SPD müsse „bei den Parteimitgliedern völlig verpuffen, wenn sie erfahren, daß Leute, die an führender Stelle in der Partei stehen, durchaus nicht geneigt sind, in die vorstandsmäßig befohlene Opposition zu treten.“ Das demokratische Blatt zitiert dann ausführlich die gestern be-

reits von uns behandelten Aeußerungen Leiparts und schreibt weiter zu dem Artikel des hessischen „Volksfreundes“:

„Während die sozialdemokratische Partei den Rechtsstandpunkt auch bei politischen Auseinandersetzungen und Machtkämpfen in überängstlicher Weise betont, hat der sozialdemokratische Chef-Redakteur in Darmstadt gegen eine Vertagung des Reichstages auf Grund von Artikel 48, also gegen einen nackten Verfassungsverstoß, nichts einzuwenden und bekennt sich damit zu der Theorie des ultrareaktionären Staatsrechtslehrers, Prof. Schmitt! Wenn Männer, deren Aeußerungen immerhin eine gewisse Beachtung finden, ungeniert ein ungeschminktes Bekenntnis zur Tolerierung des Kabinetts Schleichler ablegen, so erscheint der Verdacht nicht unbegründet, daß auch an anderer Stelle des sozialdemokratischen Parteiapparates diese sicherlich bequeme Tolerierungstaktik Anhänger besitzt.“

In der Tat muß man annehmen, daß ein solcher aufsehenerregender Artikel des Chef-Redakteurs eines sozialdemokratischen Landesorgans nicht ohne Wissen und Billigung entscheidender sozialdemokratischer Parteinstanzen veröffentlicht werden konnte. Es besteht also ein krasser Widerspruch zwischen den radikalen Phrasen der letzten offiziellen Kundgebungen des SPD-Parteivorstandes und diesen Aeußerungen Leiparts und Seuberts. Solange dieser Widerspruch nicht aufgeklärt ist, solange im „Vorwärts“ und an den anderen entscheidenden Stellen der SPD diese Haltung Leiparts und Seuberts un widersprochen bleibt, muß man zu dem Schluß kommen, daß die sozialdemokratischen Aufrufe unerhliche demagogische Manöver sind und daß in Wirklichkeit die sozialdemokratische Politik eine neue Tolerierungsepoche vorbereitet!

Lehrerbildung nicht gerüttelt worden; und wenn dennoch der größte Teil der Volksschullehrer aus eigenem Antrieb die ihm gezogenen staatlichen Schranken durchbrochen hat, so ist das nur seinem gesunden Drang nach tieferer Erkenntnis und seinem sozialen Verantwortungsgefühl zu verdanken; nicht aber dem System.

Die besten unter den Volksschullehrern haben denn auch seit Jahrzehnten diese Geringschätzung ihrer Rolle im gesellschaftlichen Prozeß als unwürdig empfunden und die Niederhaltung der Lehrerbildung als kulturschädigend und deshalb haben sie für die Lehrerausbildung des Universitätsstudium verlangt. Aber gerade die maßgebenden Kreise und die Regierungen haben allezeit diese ehrlichen Bestrebungen bekämpft und als „aus-schweifende Forderungen“ verächtlich gemacht; man unterließ auch nicht, sie als Ausfluß selbstsüchtiger Absichten zu denunzieren. Leider erkannten die Lehrer nicht die gesellschaftliche Funktion, die unsere Volksschule im Klassenstaat zu erfüllen hat, und verfochten ihre richtigen Forderungen allein und ohne Anlehnung an die Klasse, die in ihrem Kampf um Befreiung den Kampf der Menschheit führt und in ihrer Zukunft das Schicksal der Menschheit trägt. Für die Arbeiterklasse bedeutet die bessere Ausbildung der künftigen Volkserzieher eine bessere geistige Entwicklung ihres Nachwuchses, eine wirksame Unterstützung ihres Emanzipationskampfes.

Die Weiterer Verfassung erst brachte einen Fortschritt Sie machte den Ländern

zur Pflicht, die „Lehrerausbildung nach den Grundsätzen, die für die höhere Bildung allgemein gelten“, zu regeln. In einzelnen Staaten, hauptsächlich dort, wo in Arbeiterregierungen frühere Volksschullehrer die Bildungsministerien führten, ist versucht worden, dieser Verfassungspflicht nachzukommen. Aber schon die vieldeutige Formulierung der Gesetzbestimmung machte es möglich, daß ihre Ausführung die verschiedensten Formen annahm: hier völlige Uebergabe an die Hochschulen, wie in Thüringen, in Hamburg und Braunschweig, dort Anlehnung an sie als pädagogische Institute, wie in Sachsen, oder auch als unabhängige pädagogische Akademien, wie in Preußen. Ein anderer Teil der Länder hat sich um die Durchführung dieser Verpflichtung überhaupt nicht bemüht. Ein solcher Zustand gegenüber einer Verfassungsvorschrift ist nur deswegen möglich, weil die Forderung in einem solchen Stadium der gesellschaftlichen Entwicklung postuliert wurde, in dem das Gleichgewicht der Klassen labil war und zu seiner Erhaltung ein gewisses Entgegenkommen notwendig erschien. Seit langem, und erst recht heute, hat die Reaktion die Macht wieder fest in ihrer Hand; heute ist ihr die kulturelle Hebung der Volksmassen ein zu gefährliches Experiment, und nebenbei auch unwirtschaftlich. In gleichem Maß die Ausbildung der Volksschullehrer. Deshalb widerufft sie auch hier, wie es das Memorandum des Spareusschusses zum Ausdruck bringt, die ehemals gemachte Konzession. Die Volksschullehrer werden in die Seminare zurückge-

worfen, wo die Schablone der Gleichmacherei herrscht und die Zuchttrute der Disziplin; der Tierarzt verbleibt auf der Universität, offenbar, weil das von ihm zu behandelnde „Materium“ für die kapitalistische Gesellschaft wertvoller ist als der proletarische Nachwuchs.

Wozu braucht dieser Staat auch Volksschullehrer, die selbständig forschen und sich ein eigenes Urteil bilden können? Sind für ihn nicht gut gedillte Lohnarbeiter ratsamer, die in Ehrfurcht und Ehrerbietung vor jeder Autorität und jedem Gamaschenknopf erstarben? Die auf Grund eines abgestempelten Follas den Korporalstock, das Zeichen alter Schulmeisterherrlichkeit, über den Köpfen der ihrer Obhut anvertrauten Jugend schwingen dürfen? Ihn sind die Sklaven wertvoller, die das heranwachsende Geschlecht mit den Scheuklappen einer überwundenen Weltanschauung und den Fesseln des Autoritätsglaubens „erziehen“ zu Gehorsam und Unterwürfigkeit, zu beschränktem Nationalismus und sturem Fanatismus.

Darum soll der Volksschullehrer wieder zum Lehrer zweiter Klasse, zum Paris neben seinem Kollegen von der höheren Fakultät, degradiert werden, weil man dadurch den Aufstieg der Arbeiterklasse glaubt hemmen zu können.

Die Reaktion hat die Macht, was gilt ihr da die Verfassung? Sie nutzt die Stunde. Sollten Arbeiterklasse und Volksschullehrer nicht daraus etwas lernen, und sei es nur das eine, daß sie zusammengehören?

„Wir haben Hunger!“

Polizeigummiknüppel anstatt Arbeit und Brot

Gestern fanden an verschiedenen Stellen der Stadt und zu verschiedenen Tageszeiten wiederholt Demonstrationen Erwerbsloser spontan statt.

Eine Delegation der Erwerbslosen des Landkreises Breslau trat gegen 11 Uhr vormittags die Forderungen der Hungernden und Frierenden des Landkreises einem Vertreter des hiesigen Landratsamtes in der Weidenstraße vor. Die Delegation hatte eine Anzahl Breslauer Arbeitsloser bis zum Landratsamt begleitet, wo die Proleten auf das Ergebnis der Verhandlung der Delegation warteten.

Plötzlich wurde völlig grundlos eine große Polizeibereitschaft eingesetzt, die äußerst schneidig und brutal gegen die Arbeitslosen vorging. Mit dem Erfolg, daß die Erwerbslosen an verschiedenen Stellen der Stadt demonstrierten. Immer wieder erscholl es im

Chor: „Wir haben Hunger!“. „Nieder mit der Diktaturregierung“. „Nieder mit den Sondergerichten“. „Es lebe der Kampf um Arbeit und Brot!“. „Heraus mit dem zum Tode verurteilten Arbeiter Bartl!“, worauf die Polizei noch nervöser wurde und wiederholt auf rigorosste Weise mit dem Gummiknüppel gegen die Massen vorging.

Am Christophorplatz wurde ein Arbeitsloser und eine Frau festgenommen. Als ein Erwerbsloser den Verhafteten zurief, daß sie ruhig mitgehen sollten, da sie ja nichts verbrochen hätten, griff ein Polizeioffizier des eingesetzten Kommandos „höchstehändig“ ein. Er packte den betreffenden Erwerbslosen an der Brust und schleuderte ihn mit der Aufbietung seiner ganzen Kräfte auf den Schnellwagen.

Funktionärversammlung

der SAP, Ortsgruppe Breslau

Gestern fand im „Bergkeller“ in Breslau eine ausgezeichnete Funktionärversammlung der SAP, Ortsgruppe Breslau, statt.

Genosse Eckstein eröffnete und gedachte mit warmen Worten der so jäh dem Leben entrissenen Genossin Kirstein, der Frau unseres Genossen Paul Kirstein. Die Versammlung erhob sich von den Plätzen.

Genosse Fritz Sternberg-Berlin sollte über das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB sprechen. Die letzten politischen Ereignisse aber, die drohende Gefahr für die Arbeiterklasse, die durch die loyale Stellung der Führung des ADGB gegenüber der Regierung Schleicher heraufbeschworen sind, veranlaßte Genossen Sternberg, zunächst auf die gegenwärtige politische Situation einzugehen. Genosse Sternberg erläuterte, wie gerade die augenblickliche ökonomische Situation den Lauf der politischen Ereignisse zwangsmäßig bedingt habe. Warum Hitler einerseits nicht in die Regierung ging und warum man andererseits Hitler nicht die Führung eines Präsidialkabinetts anvertraut habe, warum Schleicher die Regierung übernommen habe, — das alles läßt sich nur ökonomisch erklären.

Darüber ging Genosse Sternberg sehr eingehend — aufbauend auf den Lehren des Berliner Verkehrsstreikes — auf die Stellung der ADGB-Führung gegenüber dem Schleicher-Kabinet ein.

Im Schlußwort erst kam er dann zu dem eigentlichen Thema des ADGB-Arbeitsbeschaffungsprogrammes, zu dem bereits in der Diskussion die Genossen Enderle, Freund und Grzmehle gesprochen hatten. Einstimmig wurde eine Protestentscheidung gegen das in Chemnitz gefällte Todesurteil und eine kurze politische Entscheidung zur Lage angenommen:

Gegen das Chemnitzer Todesurteil

„Die am 6. Dezember 1932 stattfindende Funktionärversammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Breslau, protestiert aufs schärfste gegen die Verurteilung des Arbeiters Bartl und verlangt Aufhebung des Todesurteils.“

Zur politischen Lage

„Die am 6. Dezember im „Bergkeller“ tagende Funktionärversammlung, Ortsgruppe Breslau, stellt fest:

Durch die Schleicher-Regierung ist die Gefahr des Nazi-Faschismus in keiner Weise gebannt; im Gegenteil, von Regierungsseite wird ausdrücklich betont, daß die Tür für Hitler stets offen bleibt.

Diese gespannte politische Lage erfährt dadurch eine weitere Verschärfung, daß die Führung des ADGB Tolerierungsverhandlungen mit Schleicher beginnt und damit versucht, die heute noch stärkste Waffe des Proletariats, die Millionen der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter, in den Dienst der Konterrevolution zu stellen.

In dieser Lage ist es mehr denn je notwendig, daß eine politische Kraft vorhanden ist, die in schärfster Ablehnung des reformistischen Kurses der SPD, aber auch in klarer Frontstellung gegen zwecklose Sonderaktionen der KPD auf die geschlossene Aktion der Arbeiterklasse hinführt.

Diese Kraft kann nur die SAP darstellen. Die Erfüllung dieser Aufgabe erfordert absolute Zielklarheit und einheitliches Auftreten der Partei im Sinne der Prinzipienklärung und des Aktionsprogramms.“

Die Versammlung schloß mit dem Gesang der Internationale.

Rund um Landeshut

Der Winter naht, die Kälte setzt besonders hier im Gebirge kräftig ein, und während es Volksschichten gibt, die sich schon auf den Wintersport freuen, aber auch eine kleine Schicht, denen die heutige Gesellschaftsordnung es erlaubt zu schlemmern, sehen die Ärmsten, die dieselbe Gesellschaft zum Müßiggang verurteilt hat, mit Grauen diesem Winter entgegen. Viele Hunderte sind es, die sich von den paar Pfennigen Unterstützung kaum sattessen können, viel weniger noch an warme Kleidung und die nötige Feuerung zu denken. Verdammte dieser Erde im wahrsten Sinne des Wortes.

Heilspropheten gibt es zwar viele, aber alles nur zu dem Zwecke, um den Proleten von der Rebellion gegen dieses erbärmliche System abzuhalten.

Uebereinstimmend schreibt die sozialdemokratische „Bergwacht“ und der Nazi-Riesengebirger Beobachter, daß der Magistrat beschlossen hat, im Rahmen des FAD Straßen ausbessern zu lassen. Verbände, die in diesem Rahmen sich daran beteiligen wollen, haben sich in großer Zahl schon gemeldet. SPD, Reichsbanner und Gewerkschaft darf natürlich dabei nicht fehlen, das liegt schon im System. Schon am Anfang dieses Jahres sollten diese Arbeiten nach vollen Tariflöhnen gemacht werden, damals war aber kein Geld vorhanden, weshalb es unterlassen wurde, jetzt macht es der FAD.

Daß der FAD hier nicht schon im Frühjahr eingeführt wurde, lag nicht an der SPD, denn diese hat seinerzeit dem Magistrat den Antrag eingereicht, die stillgelegte Weberei der Ostdeutschen Textilwerke im Rahmen des FAD in Betrieb zu setzen, sondern gleichfalls an den Geldmitteln.

Solche Forderungen wie die Inangsetzung von stillgelegten Betrieben wären sehr zu begrüßen und ständen vollkommen auf dem Boden unseres Arbeitsbeschaffungsprogrammes, nur der Zweck und das Ziel ist ein anderes. Der von Brüning eingeführte FAD war ursprünglich zur Minderung der Arbeitslosigkeit gedacht. Sollte gleichzeitig eine Erleichterung für die SPD sein, während sie am Krankenlager des Kapitalismus Arzt spielte. Da diese Krankheit aber eine chronische ist, was die Ärzte der SPD aber nicht feststellen konnten, führt es zu immer stärkerer Faschisierung dieser Organisation und bildet somit die Vorstufe zu der von den Nazis geforderten Arbeitsdienstpflicht.

Unsere Forderungen bedeuten dagegen die Uebergangsstufe zur Machtergreifung des Proletariats und zum Sozialismus und sind daher von den Arbeiterorganisationen unter Kontrolle der Arbeiterschaft durchzuführen.

Wie die Nazis über die Nöte der Arbeiterschaft denken, setzt Hitler Herrn Papen in der Sonderausgabe des „Völkischen Beobachters“ auseinander.

Da heißt es:

„Die Bereitwilligkeit zum Ertragen wirtschaftlicher Nöte, ja die allgemeine Opferwilligkeit überhaupt nehmen in ebendemselben Umfange ab, in dem die Menschen mangels großer völkisch-politischer aufwühlender und bewegender Gedanken und Aufgaben sich nur mehr mit ihren eigenen wirtschaftlichen Belangen beschäftigen und in ihnen aufgehen. Das wirtschaftliche Denken erzieht am Ende immer zum Egoismus“ usw.

Daß diese demagogischen Ratschläge nicht etwa für die Kapitalisten und Nazibarone

bestimmt waren, die die Nazibewegung mit Millionen von Geldern unterstützt haben, sondern für die Arbeiterschaft, versteht sich von selbst. Diese würden es auch gar nicht ernst nehmen, aber desto ernster muß es die Arbeiterschaft nehmen. Für sie bedeutet es die völlige Verklavung, d. h. sich auf Gnade und Ungnade den Kapitalisten und Faschisten zu unterwerfen.

Das soll die Arbeitsdienstpflicht besorgen, da wird der Arbeiter militärisch gedrillt und so beschäftigt, daß er keine Zeit haben wird, sich über seine Lage Gedanken zu machen. Mittlerweile glauben dann die schlauen Faschisten den Proleten daran zu gewöhnen, nach dem bekannten Motto: der Mensch ist ein Gewohnheitstier. Wie sagte doch Herr Hitler zum Otto Strasser: der Arbeiter hat keine höheren Ideale, er braucht bloß Brot und Spiele usw.

Das größte und blutigste Spiel, was ihm dann beschert wird, ist der Krieg, zu dem er gleichfalls als Kanonenhutler eingedrillt werden soll. Am Ende bleibt nur Asche aus Europa und Deutschland.

Weshalb Hitler gegen den Marxismus ist, sagt eine interessante Stelle: Marxismus als eine neue, das gesamte Leben in ein System bringende Weltanschauung. Der Ausgangspunkt seiner Lebensbetrachtung ist der Begriff „Menschheit“. Also „Menschheit“ paßt nicht zum Faschismus. Was da noch weiter steht, ist das Bemühen, Herrn Papen nachzuweisen, daß seine Methoden viel zu mild gegen die Arbeiterschaft sind.

Das muß ein Signal sein für die gesamte Arbeiterschaft zum eisernen Arbeiterblock.

Auch die Kirche stimmt in den Chor

Antisemitische Hetze auf einer Missionskonferenz

Bisher hatten die intellektuellen Nazibanditen von der Universität, die durch ihre Kravalle lediglich nur den geordneten Lehrbetrieb geschädigt und dabei viele hundert arbeitswillige Studenten von ihrer Arbeit abgehalten haben, in der „Schlesischen“ und „Nationalsozialistischen Tageszeitung“ ihre ideologischen Hauptstützen gehabt. Beide Zeitungen überschlugen sich in Judenhetze und Judenhetze. Jetzt gesellt sich zu diesem Chor auch noch die Kirche. So hat in einer in den vergangenen Tagen in Schlesien tagenden Missionskonferenz (die Anzahl von Sitzungen und Sondertagungen war nicht klein — man hatte viel von „Nächstendliche“ geschwafelt) der Missionsinspektor Weichert-Berlin fast wörtlich gesagt:

„Ein Jude auf einem Ministersessel, einem Lehrstuhl oder Hochschulposten sei undenkbar.“

Die Kirche als Hüterin der „deutschen Kultur“ — na wenn sie jetzt nicht gerettet wird! Aber getrost, sie ist nicht zu retten.

Potempa-Prozeß verschoben

Beuthen O.-S., 7. Dezember.

Der zweite Potempa-Prozeß gegen die seinerzeit geflüchteten und im vergangenen Monat wieder ergriffenen Golorubek und Dutzki, der am 9. d. Mts. vor dem Sondergericht Beuthen stattfinden sollte, ist auf den 16. Dezember verschoben worden, da die Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind. Den Vorsitz hat, wie auch im ersten Prozeß, Landgerichtsdirektor Himmel.

Spinale Kinderlähmung und kein Ende

Waldenburg, 7. Dezember.

In Adelsbuch ist in der Familie des Bergmanns Hainke ein neuer Fall von spinaler Kinderlähmung aufgetreten. Ein zweijähriges Kind mußte ins Knappschaftslazarett geschafft werden.

Einer der auf den Delbrückschächten Verunglückten tot geborgen

Hindenburg, 7. Dezember.

Heute früh 5 Uhr wurde die Leiche des Schleppers Grodon aus Preiswitz, eines der am 24. November bei einem Gebirgsschlag auf den Delbrückschächten verunglückten vier Bergleute, geborgen.

Wildwest in Breslau

In den späten Abendstunden des Montag wurde der Radiomonteur E. in der Oderstraße in Breslau in dem Augenblick, als er eine Schankwirtschaft verließ, von 10 bis 12 jungen Burschen überfallen, niedergeschlagen und beraubt. Ten Räubern fielen 65 RM. in die Hände.

Ein zweiter Raubüberfall wurde in den Abendstunden des Montag in der Bedürfnisstraße einer Gaststätte unweit der Lieblischhöhe verübt. Dort wurde der 28-jährige Koch G. aus Breslau von drei Unbekannten überfallen. Während einer der Räuber ihn an den Armen festhielt, nahm ihm ein zweiter aus der Westentasche drei Fünfmärkstücke, während der dritte Täter Schmiere stand.

Giftmordprozeß Just

In der Nachmittagsverhandlung wurde mit der Vernehmung des Angeklagten fortgefahren, und zwar zunächst über die Frage der Versicherungen, die im Monat zusammen sechs Mark an Beiträgen kosteten. Die Versicherungen will Just nicht mit einer bestimmten Absicht abgeschlossen haben.

Dann begann die Vernehmung über die Vorfälle im September d. J. auf der Wirtschaft seines Schwagers Groba in Klein Partwitz. Der Angeklagte gab zunächst an, daß ihm Groba vergiftete Leberwurst gegeben habe, die er jedoch nicht gegessen habe. Einige Tage später habe seine Frau auf dem Felde plötzlich Brechreize bekommen, die auch noch in der darauffolgenden Nacht anhielten. Diese Brechreize sollen sich nach dem Genuß von Kaffee eingestellt haben. Tags darauf wurden auch er, seine Tochter und sein Schwiegervater nach dem Frühstück krank. Auf dem Schinkenbrot, das Groba aufs Feld brachte, soll sich ein weißgräues Pulver befunden haben, das er jedoch nicht als Gift betrachtete. Selbst Groba habe von den vergifteten Eßwaren gegessen und sei gleichfalls wie seine Frau und sein Kind erkrankt. Infolge des Giftes starben dann am Nachmittag Christian Groba, sein Söhnchen, sein Schwiegervater Türke und schließlich noch die Ehefrau Grobas. Das Gift müsse Groba selbst in die vergifteten Eßwaren getan haben. Seine Angaben in der Voruntersuchung, daß er das Gift in das Essen gemischt habe, erklärte Just jetzt für unrichtig, fand jedoch keine bestimmte Erklärung für die Unterlassung gewisser Aussagen bei seinen ersten Vernehmungen. Mit dem Arsen, das er gekauft, wolle er sich selbst das Leben nehmen, habe das aber nicht mehr auszuführen brauchen, weil sein Schwiegervater, wegen dem er ja aus dem Leben scheiden wollte, inzwischen an Vergiftung selbst gestorben sei.

Dem Untersuchungsrichter sowie den Kriminalbeamten gegenüber nahm er die Morde deshalb auf sich, weil die Beamten es ihm eingeredet hätten, daß er der Mörder gewesen sei. Die „Wahrheit“ habe er erst vor Gericht sagen wollen.

Die Zeugenvernehmung

Als erster Kriminalkommissar Kubitzky von der Mordkommission.

Nach anfänglichem Leugnen habe der Angeklagte die verbrecherischen Taten eingestanden und als Grund angegeben, daß seine Frau bei der Erbschaft durch Groba benachteiligt worden sei. Beim ersten Mal habe er nur wenig Arsen dem Kaffee zugetan, von dem alle, auch er, gegessen hätten, um keinen Verdacht gegen ihn aufkommen zu lassen. Der Familie Groba habe er dann eine größere Menge in Wasser verabreicht unter dem Vorwande, es würde gegen Kopfschmerzen helfen. Als er nach Görlitz übergeführt war, wiederrief er vor dem Untersuchungsrichter dieses Geständnis. Bei seiner erneuten Gegenüberstellung mit dem Zeugen habe er dann nach Vorhalten von Belastungsmomenten das erste Geständnis wieder aufrechterhalten und schließlich auch zugestanden, seine zweite Frau gleichfalls vergiftet zu haben. Schuld an diesem Verbrechen soll seine damalige Schwiegermutter gehabt haben, weil sie darauf bestand, daß seine Frau von ihm ginge. Der praktische Arzt Dr. Budnick aus Neu Petershain, der die verstorbene zweite Frau des Angeklagten behandelte, betonte u. a., daß er die als lebensfroh bekannte Frau wegen Verschlimmerung ihres Zustandes ins Krankenhaus nach Cottbus überführen ließ. Sehr überrascht sei er gewesen, als er erfuhr, daß die Frau nicht mehr am Leben sei.

Zweiter Verhandlungstag

Es wurde mit der Vernehmung der Zeugen fortgefahren.

Dann wurde die Hebamme Bertha Struck aus Petershain (Kr. Celau) vernommen, die der zweiten Frau des Angeklagten bei der Entbindung beistand. Sie sagte aus, daß die Frau an einzelnen Tagen über fürchterliche Schmerzen im Magen klagte, aber eine nähere Untersuchung durch den Hausarzt ablehnte, so daß dieser sie nach Cottbus ins Krankenhaus überführen ließ. Auch ihr gegenüber habe Frau Just erklärt, daß die Schmerzen

nach dem Genuß von Christstollen eingetreten seien.

Selbstmordabsichten habe sie nicht geäußert.

Ein schlechtes Verhältnis zwischen Mann und Frau hat die Zeugin nicht festgestellt. Die Mutter der verstorbenen zweiten Frau, Karoline Kamps, schildert den Angeklagten als einen

wenig liebevollen Ehemann,

der seiner Frau nicht nur das Wirtschaftsgeld weggenommen, sondern sie

auch mehrfach geschlagen habe,

so daß sie nicht mehr bei ihm bleiben wollte und sogar Selbstmordabsichten äußerte. Auch ihr gegenüber habe ihre verstorbene Tochter erklärt, daß sich nach dem Genuß von Christstollen heftige Schmerzen und Brechreiz eingestellt hätten. Nach vorübergehender Besserung hätte sich ihr Zustand verschlechtert.

Just wies den Vorwurf der Zeugin Kamps zurück, seine Frau geschlagen zu haben. Er habe ihr lediglich einmal eine Ohrfeige gegeben.

Nach einer kurzen Unterbrechung der Verhandlung erhob sich der Angeklagte Just nochmals und machte der Zeugin Karoline Kamps, seiner früheren Schwiegermutter,

den Vorwurf, daß sie ihn aufgefordert habe, bei seiner schwangeren Frau eine

Abtreibung vorzunehmen

und ihm auch das Mittel mitgeteilt habe. Diese Aussage bestreitet Frau Kamps ganz entschieden und bekräftigt ihre Bekundung damit, daß sie als Mutter von zwölf Kindern den Abtreibungsgedanken nicht propagiere.

Der Bergmann Richard W r u c k sagt aus:

Just habe schon wenige Tage nach dem Tode seiner Frau in einer Wirtschaft bei einer Feuerweherversammlung einen „Stiefel“ Bier gestiftet und die Bemerkung gemacht, daß er durch den Todesfall von einer Lebensversicherung Geld bekomme. Auch habe er sich etwa drei Wochen später bereits wieder mit Mädchen amüsiert, was allgemein aufgefallen sei.

Polarimperialismus

Ein Kampf um Kohle, Blei und Zink. Norwegens und Dänemarks Streit um Ost-Grönland

Vor dem Hunger Weltgerichts-hof soll ein Streit entschieden werden, der sich um das eisige Riesengebiet von Ost-Grönland dreht. Die längste Zeit hindurch war Ost-Grönland ein Niemandland, bis im Jahre 1931

Norwegen

eine Okkupationserklärung erteilt. Gegen diese Erklärung erhob

Dänemark

Einspruch und berief sich dabei auf einen früher abgeschlossenen Vertrag mit Norwegen, der beiden Ländern gleiche Rechte zusicherte.

Der Hauptgrund, weshalb das so entlegene und so schwer zugängliche Gebiet von Ost-Grönland ein Streitobjekt zwischen Norwegen und Dänemark geworden ist, liegt aber in den Bodenschätzen, die in Ost-Grönland im großen Ausmaß vorhanden sind. Bereits im Jahre 1870 wurde in 75 Grad nördlicher Breite von einer deutschen Expedition

ein ausgedehntes Kohlenvorkommen

festgestellt. Vor einem Jahr entdeckten dänische Ingenieure Blei- und Zinklager. Der Ausbeutung dieser Paldensätze setzt der neun Monate währende Winter und die ebenso lang andauernde Unzugänglichkeit der Küste allerdings sehr große Hindernisse entgegen. Dessen ungeachtet aber ist das weltferne Land zu einem Streitobjekt zwischen Norwegen und Dänemark geworden. Bei diesem Streit werden angeblich nicht wirtschaftliche Momente, sondern das „wissenschaftliche Interesse“ in den Vordergrund gerückt. So tarnt man geschickt seine Wirtschaftsinteressen.

Ost-Grönland ist äußerst dünn bevölkert und in Dänemark ist wiederholt der Plan erwogen worden, Eskimos von West-Grönland, das viel günstigere klimatische und Besied-

ungsverhältnisse hat, in Ost-Grönland anzusiedeln. Unter der Tierwelt ist der Mooschussachse am meisten vertreten. Er bildet neben dem Walross und dem Eschbären die hauptsächlichste Jagdobjekte Ost-Grönlands, während das Renntier, das einst Ost-Grönland in riesigen Herden bevölkerte, seit mehr als einem Vierteljahrhundert ausgestorben ist. Das Hauptziel der Jagdexpeditionen bilden die kostbaren Pelztiere, vor allem der Blaufuchs und der Eisfuchs.

In landschaftlicher Beziehung ist Ost-Grönland eines der prachtvollsten arktischen Gebiete. Es hat die gewaltigsten Gletscher der Erde, die oft 100 Kilometer lang und 20 bis 30 Kilometer breit sind. Fjorde von 200 Kilometer Länge bohren sich tief in die Küste ein. Aber alle diese landschaftlichen Reize sind den größten Teil des Jahres unzugänglich. Die Gletscher sind größtenteils überhaupt unpassierbar und die Fjorde sind dreiviertel des Jahres mit einer starken Eisschicht bedeckt. An die Ostküste Grönlands ist die Annäherung überhaupt nur unter den größten Schwierigkeiten möglich. Es ist durch den ewigen Packeisraum abgeschlossen, der in einer Breite bis zu 100 Kilometern mächtige Eisschollen aus dem nördlichen Eismeer nach Süden bringt. So ist es auch verständlich, daß der erste Europäische Ost-Grönland erst vor etwas mehr als 100 Jahren betreten hat.

Die gründliche Erforschung des Landes begann eigentlich erst im Jahre 1926, als Dänemark und England verschiedene Expeditionen aussandten. Dann aber folgten Expeditionen in großer Zahl, die teils dem Pelzfang, teils wissenschaftlichen Zwecken, hauptsächlich der Errichtung von Radiostationen, dienten. Die Schiffe, die an Ost-Grönland herankommen wollen, müssen ganz besonders gebaut sein, und auch sie haben nur ganz kurze Zeit zur Verfügung. Nur im Monat Juli ist es möglich, an Ost-Grönland heranzukommen, und nach wenigen Wochen, höchstens zu Ende August, muß die Ausfahrt angetreten werden, sonst frieren die Schiffe, wie es schon oft der Fall gewesen ist, im Packeis ein.

Kumpelod in „Not“-schächten

Kattowitz, 6. Dezember.

In Birkental versuchten drei Brüder aus einem 12 m tiefen Notschacht Kohlen zu fördern. Nachdem einer der Brüder längere Zeit im Schacht geweilt hatte, ohne das verabredete Zeichen zum Wiederheraufholen zu geben, ließ sich ein zweiter Bruder herunter. Er fand seinen Bruder bewußlos auf und brachte ihn mit großer Mühe ans Tageslicht, wo aber Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg hatten.

In der Nähe der Friedenshütte wollte ein Arbeitsloser in einem Notschacht Kohlen für den Hausbedarf fördern. Er wurde aber von

Vergeßt nicht
bei allen Einkäufen
Koupons abzugeben!

herabstürzenden Erdmassen verschüttet und konnte trotz sofort aufgenommenen Bergungsarbeiten nicht mehr lebend geborgen werden.

Der Schupo als Verbrecher Der Schmiere stehende Polizeiwachtm. - ister

Bochum, 6. Dezember.

Der 37jährige Polizeioberwachtm. - ister Wilhelm Pffor aus Gelsenkirchen wurde hier unter dem begründeten Verdacht des Einbruchsdiebstahls, Betrug und der Hehlerei verhaftet. Mit ihm wurde auch seine Frau in Haft genommen. Pffor arbeitete Wirten in Wanne-Eickel gegenüber mit falschen und ungedeckten Schecks, wodurch die Leute um hohe Summen geprellt wurden. Er stand auch mit einer berüchtigten Einbrecherbande in Verbindung. Bei nächtlichen Diebsfahrten stand er in Polizeiuniform Schmiere und gab auch den Nutznießer und Hehler der Bande ab. Pffor war vor längerer Zeit von Gelsenkirchen nach Bochum versetzt worden. Während seine Frau ein umfassendes Geständnis abgelegt hat, bestreitet Pffor noch einige ihm zur Last gelegten Einbruchsdiebstahle. Pffor soll auch der Frau eines Bochumer Arztes vor kurzem verschiedene Schmuckgegenstände und Wertsachen abgeschwindelt haben, wobei er sich als Kriminalbeamter ausgab.

Polizeibeamter in Zivil erschießt Arbeitslosen

Gelsenkirchen, 6. Dezember.

Ein Schutzpolizeibeamter in Zivil erschoss in der vergangenen Nacht in der Notwehr den 26jährigen Erwerbslosen Kiel. Der Beamte wurde vorläufig festgenommen.
„In Notwehr“? „in Zivil“? Diese Meldung deutet uns sehr sonderbar. Der Fall bedarf dringend der Aufklärung. Wie diese Aufklärung sein wird, wissen wir allerdings heute schon, denn der Beamte wurde ja nur „vorläufig“ festgenommen.

Erdbeben in Niederländisch-Indien

Batavia, 6. Dezember.

Das Observatorium hat gestern um 3.44 Uhr ein Erdbeben registriert, dessen Herd sich in ungefähr 2100 Kilometer Entfernung in nordöstlicher Richtung etwa zwischen den nordöstlichen Ausläufern der Inseln Celebes und den Soele-Inseln befunden haben muß. Um 6.07 Uhr nachmittags wurde ein neuer Erdstoß verzeichnet, der aus derselben Richtung kam. Auch in verschiedenen anderen Gegenden des Niederländisch-Indischen Archipels wurden Erdstöße wahrgenommen.

Achtung! Hilfsaktion der I. H. V.!

Ortsgruppe Breslau.

In den einzelnen Stadtteilen sind folgende Sammelstellen zur Annahme von Spenden jeglicher Art eingerichtet worden:
Zentrum und Westen: Partebüro der SAP, Kleine Holzstraße 3, I.
Süden: Pelz, Neudorfstraße 107, Gartenh., II.
Nord: Felke, Rosenthaler Straße 24, I.
Zimpel: Scholz, Rotkehlchenweg 13.
Osten: Feierabend, Palmstraße 22, Hof rechts.

ORGANISATIONEN UND NACHRICHTEN

SAP

Bezirk Mittelschlesien, Sekretariat, Breslau, Kleine Holzstraße 3, Telefon 567 48

Distrikt 17/20. Frauenversammlung Montag, den 12. 12., 20 Uhr, im Heim Paulinenstraße.
Distrikt 23/30. Heute abend, 20 Uhr, Funktionsversammlung im „Heimlig-Auschanke“, Forstenstr. 107.
Distrikt 53. Freitag, den 9. 12., Distriktversammlung bei Knoblich, Oswitz, Redner Schwarz.
Stadtteil Wusten. Freitag, den 9. 12., wichtige Funktionsversammlung bei Hoffmann, Popelwitzstraße, Redner Gen. Fabian.
Stadtteil Südwest (Frauen). Distrikte 1, 2, 3, 4, 5, 35, 36, 38 Arbeitsgemeinschaftabend mit Gen. Rasch, Mittwoch, den 7. 12., 20 Uhr, bei Nickel, Opitzstraße 84.
Veranstaltungen der PKG im Dezember. Sonnabend, den 10. 12., um 20 Uhr, Mitliederversammlung, Sonntag, den 18. 12., um 10 Uhr, Besichtigung der Anatomie.
Montag, den 24. 12. (2. Weihnachtstag): 2 Morgenfeier, im Proleten und Kristallpalast. Im Vorprogramm Marietta Lanz mit neuen Zilliedern. — Kartenausgabe in den nächsten Tagen.

Ortsgruppe Oels. Am Sonntag, den 11. 12. 32, um 10 Uhr vorm., spricht Genosse Mitschke, Breslau, im Volkshaus im Rahmen einer Versammlung der DFG über „Neues aus der Rüstungsindustrie, Hat Gasschutz Sinn?“
Monistische Gemeinde, Breslau, Grünstraße 14/16. Mittwoch, den 7. Dezember, Punkt 20 Uhr, Kursusabend. E. Machek über Mikrobiologie mit mikroskopischen Apparaten. Karten an der Kasse.
Deutsche Friedensgesellschaft. Die nächste Mitgliederversammlung der DFG, Ortsgruppe Breslau, findet bereits am 8. Dezember, abends 20 Uhr, im Zimmer 1 des Kaufmannshauses, Schulbrücke, statt. Das Referat hält Herr Meyer-Lindenbergl Berlin, über „Wirtschaftliche und politische Problematik der Sowjet-Union (Eindrücke einer Reise im Herbst 1932)“ Um recht zahlreiches Erscheinen wird gebeten.
Deutscher Friedenskreisverband, Abteilung Zimpel. Mitglieder-Versammlung Donnerstag, den 8. 12. 32, 20 Uhr bei Wittke.

Kleine Sportnachrichten

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V. Heut, 20 Uhr, Kartelljugendversammlung. Alles muß erscheinen. Jugendobere eine Stunde vorher.
Bezirksauswahlschulsport. Das Spielverbot — Freie Schwimmer und Silikick ist aufgehoben. FSB erhält vom 5. 12. bis zur Begleichung ihrer Strafe Spielverbot.
Freie Schwimmer Breslau, Abt. Zimpel. Die Kinder turnen wieder am Donnerstag, 18.—19. 12. Uhr.
Freie Rudervereinigung Breslau e. V. Freitag, 9. 12., 20 Uhr, treffen sich alle Wintersportler im Bootshaus.
ArbeiterRad- und Kraftfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Breslau. Am Mittwoch, den 7. 12. 32, Rennfahrerversammlung um 20 Uhr bei Böhm, Jahnstraße.

Geschäftliches

„Die Freude flieht auf allen Wegen; der Aerger kommt uns gern entgegen“ sagt Wilh. Busch. Deshalb muß man die Freude festhalten und dem Aerger auf dem Wege gehen. Guter Kaffee bereitet Freude. Die Coffeinwirkung hinterher aber ist für manchen doch recht ärgerlich. Darum koffeinfreies Kaffee Hag trinken! Er ist völlig unschädlich und dem höchsten Genuß.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; inserate Herbert Scholz, Breslau; Verlag Max Rausch, Breslau, Lohndruck Th. Schatzky & Co., Breslau, Neue Graupenstr. 7.
Redaktion: Breslau Kleine Holzstraße 3, I Treppen, Telefon 206 02.
Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3, Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto-Nr. 102 92.

STADTTHEATER
Mittwoch, 20.—22.45 Uhr
Abonn.-Vorst. B 7
Idomeneo
Donnerstag, 20.—22.45 Uhr
Abonn.-Vorstell. D 7
Tiefland
Freitag, 20.—22.45 Uhr
Abonn.-Vorstell. C 7
Erstaufführung
Friedemann Bach

LOBETHATER
Mittwoch, 20.—22.45 Uhr
Bargeld lacht
Freitag, 20.15
Zum 1. Male!
Robinson soll nicht sterben
von Friedrich Förster
Sonntabend, 20.15 u. 11 Uhr
Zum 1. Male!
Heimkehr des Olympiasiegers
Komödie von Sindbad

Kleine Anzeigen
in der SAZ sind
erfolgreich
und billig!

**GERHART-HAUPTMANN
THEATER**
Mittwoch, Donnerstag,
Freitag, 20.—22.15
letzte Gastspiele der
„Vier Nachbarn“
Der stürmische Lächelfelz!
Hier irrt Goethe
Ab Sonnabend täglich 20.15
Bargeld lacht

KAFFEE HAG
der koffeinfreie Bohnenkaffee
Stets frisch zu haben bei:
KURT REICHERT
Kolonialwaren
Steinauer Straße 20, Ecke Leuthenstraße

**„Der Niedergang des
deutschen Kapitalismus“**
von Fritz Sternberg
Ladenpreis 9 Mark
Genossen und Genossinnen der SAP erhalten nach wie vor das Werk für 4.50 Mark. Niemand versäume diese günstige Kaufoption. Bestellungen an die Expedition der SAZ, Kleine Holzstraße 3.

ZENTRUM
Möbel Max Meink
Ohlauerstr. 53/54
Kauft bei Blasse!
Blasse ist billig!
Kaufhaus Blasse nur Graupenstr. 6/10

S. Zöllner, Herrenausstatter
Schmeldebrücke 64/65 • Ohlauer Straße 55, Ecke Poststr.
Richard Pusck
Ritter-Drogerie
Messergasse Nr. 37
DROGERIE • FOTO
Für 2.50 Mk. schon einen Präsent-Korb
bei **C. G. Müller**
Deilkassens-Haus
Jetzt Neue Tuschenstr. 1b gegenüb. d. Altkir.

ODERTOR U. SCHEITNIG
ff. Fleisch- u. Würstwaren
nur bei Bruno Kastner, Agolfstr. 14
**Leserinnen und Leser
der SAZ!**
Schnedit untenstehende
Kupons aus!
Tragt sie bei Euch!
Gebt sie
in den Geschäften ab!
Ihr unterstützt
damit Eure Zeitung und
ermöglicht ihren Ausbau.

Wilhelm Kupczyk
Schiefwerderstraße 51
Kolonialwaren • Lebensmittel
Richard Gelse
ff. Fleisch- u.
Würstwaren
Blasmarktstraße 24
Leder K. Becker
billigst bei
Gnolsenaustraße 5
Reserviert!
Nr. 101

C. Schlawe
Reuschestr. 24
Inh.: H. Ko p
Gegründet 1843
Eisenwaren • Metall • Werkzeug- u. Maschinen-
handlung • Stahlwaren • Haus- u. Küchengeräte
Dauerbrandöfen • Schlittschuhe und Rodel
Matthias
Garten-
straße 10
Drogen
Farben
Foto
Wo kauft man seine Ledersohten?
Bei **Gutsche** — Überall empfohlen!
Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33
Bekannt leistungsstark in Leder- und Schuhwarenartikeln!
Grüthener Straße 19/21 • Bohrauer Straße 43 • Poststraße 7 • Meißnerstraße 14

**Besucht das
„Proleton“**
Arbeiter-Sport-Kartell
Lex Neueste
Alleinverkauft:
Alfred Schlosinger
Schmeldebrücke 13
Geht besonders günstige Teilzahlung
Geht besonders günstige Teilzahlung
Ergänzt Reparatur-Werkstatt

Genossinnen und Genossen, gebt bei Euren Einkäufen untere Kupons in den Geschäften ab
Wir lesen die **SAZ** **Sozialistische Arbeiter-Zeitung**
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20 602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten“
Wir lesen die **SAZ** **Sozialistische Arbeiter-Zeitung**
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20 602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten“
Wir lesen die **SAZ** **Sozialistische Arbeiter-Zeitung**
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20 602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten“
Wir lesen die **SAZ** **Sozialistische Arbeiter-Zeitung**
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20 602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten“
Wir lesen die **SAZ** **Sozialistische Arbeiter-Zeitung**
Geschäftsstelle: Kl. Holzstr. 3, Tel. 20 602
und kaufen in Zukunft nur noch bei unseren
„Inserenten“

„Der Fürst der Atheisten“

Spinozas Kampf gegen Aberglauben und Pfaffentum

„Wenn die Dreiecke denken könnten, so würden sie sich ihren Gott dreieckig vorstellen.“ (Spinoza)

Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. Dieser Satz von Karl Marx, der das Fundament des geistigen Kampfes des klassenbewußten Proletariates gegen die Kirche, ihre Institutionen und ihre Vertreter bildet, ist schließlich nur der Endpunkt der Entwicklung eines Gedankens, der in dem oben zitierten Ausspruch Spinozas vor bereits beinahe 300 Jahren seine Keimzelle besitzt (in unsere Wiedergabe haben wir diesen Satz allerdings seiner gelehrt-haft verknäuelten Schreibweise, ohne die kein Werk des 17. Jahrhunderts denkbar ist, entkleidet).

Den zweiten Fundamentalsatz der marxistischen Religionskritik hat Marx in dem kurzen Satz zusammengefaßt — es gibt wohl keinen klassenbewußten Proleten, der ihn nicht kannte — „Religion ist Opium für das Volk.“ Auch die Konformität dieses Gedankens existiert bereits bei Spinoza. Sehen wir uns daraufhin sein Schaffen etwas näher an.

Wir haben bereits in einem am 24. November erschienenen Artikel über Spinoza in der „SAZ“ festgestellt, daß das Werk, das den glühenden Haß des Pfaffentums entzückte, sein „Theologisch-politisches Traktat“ war das heute selbst von der bürgerlichen Wissenschaft als die erste wissenschaftliche Bibelkritik anerkannt wird. In diesem Traktat rechnet Spinoza mit einer für sein Jahrhundert unerhörten Eindeutigkeit und Schärfe mit dem religiösen Aberglauben ab.

Spinoza sagt in diesem Werk wörtlich: „Aus diesem Grunde nun führte Moses durch göttliche Kraft und auf göttlichen Befehl die Religion in Sinaï ein, damit das Volk weniger aus Furcht, als aus Ergebenheit seine Pflicht erfüllte.“

Nicht „aus Furcht“, sondern „aus Ergebenheit“ — besser kann das Opium Religion nicht gekennzeichnet werden.

Und daß die Religion keinerlei theoretische, sondern nur praktische Bedeutung für die herrschenden Mächthaber habe;

„Daß nun aber die religiösen Gebräuche zur Glückseligkeit nichts beitragen, sondern bloß die zeitliche Wohlfahrt des Staates bezwecken, geht ebenfalls aus der Bibel selbst hervor.“

„Sie (die religiösen Gebräuche. Der Verf.) sollten bewirken, daß die Menschen nicht aus eigenem Willen, sondern alles auf Befehl eines anderen täten und in Tat und Gedanken unaufrichtig sich ihrer völligen Unselbstständigkeit und Abhängigkeit voneinander bewußt wären.“

„Das gewöhnliche Volk braucht also nur diejenigen Geschichten zu wissen, welche besonders geeignet sind, seinen Sinn zum Gehorsam und zur Demut zu bewegen.“)

„Um nun genau zu wissen, wie weit sich das Recht und die Macht der Staatsgewalt erstreckt, ist zu bemerken, daß nicht das allein die Macht der Staatsgewalt ausmacht, daß sie die Menschen durch Furcht zu zwingen vermag sondern jedes Mittel überhaupt, durch welches sie bewirken kann, daß die Menschen ihren Befehlen gehorchen, bildet ihre Macht. Denn nicht der Grund des Gehorsams, sondern der Gehorsam macht den Untertan...“

*) Sperrungen vom Verfasser des Artikels.

... deshalb waren in diesem Reiche (dem jüdischen nämlich: D. Verf.) das bürgerliche Recht und die Religion, die, wie gezeigt worden, lediglich im Gehorsam gegen Gott bestand, eins und dasselbe; in dem die Glaubenssätze der Religion nicht als Lehren, sondern als Gesetze und Befehle aufgestellt wurden, und die Frömmigkeit als Gerechtigkeit, die Gottlosigkeit als Verbrechen und Ungerechtigkeit betrachtet wurde. Wer von der Religion abfiel, hätte damit auf, ein Bürger dieses Reiches zu sein und würde für einen Feind gehalten; wer aber für die Religion starb, starb für das Vaterland. Überhaupt wurden zwischen bürgerlichem Recht und Religion nicht der geringste Unterschied gemacht.“

Diese von Spinoza für das 17. Jahrhundert geprägten Gedanken haben heute Gültigkeit wie damals, haben Gültigkeit, solange es kapitalistische Staaten geben wird.

Und weiter: Lenin hat einmal gesagt: „Das soziale Niedergedrückte in den werktätigen Massen, ihre scheinbar absolute Ohnmacht gegenüber den blinden Kräften des Kapitalismus, der den gewöhnlichen arbeitenden Menschen täglich und stündlich tausendmal mehr fürchterliche Leiden und entsetzliche Qualen zufügt als alle außerordentlichen Ereignisse, wie Krieg, Erdbeben usw. — das ist es, worin die tiefste heutige Wurzel zu suchen ist. Die Furcht hat die Götter erzeugt, die Furcht vor der blinden Macht des Kapitals.“

Bei Spinoza finden wir: „Wenn die Menschen alle ihre Angelegenheiten mit zuverlässiger Berechnung regeln könnten, oder wenn ihnen das Glück immer günstig wäre, so würden sie in keinerlei Aberglauben (nämlich den Aberglauben der Kirchen. Der Verfasser!) befangen sein. Weil sie aber oft in schwere Verlegenheiten kommen, in welchen sie sich nicht zu helfen wissen, und gewöhnlich in ihrem mitleidigen Verlangen nach ungewissen Glückseligkeiten zwischen Hoffnung und Furcht kläglich hin und her taumeln, so ist ihr Geist meistens geneigt, alles zu glauben.“

„Daß ferner so ziemlich alle Monachen, namentlich, wenn sie in Gefahr schweben und sich nicht zu helfen wissen, mit Gebeten und weiblichen Tränen die göttliche Hilfe erflehen.“ ... „So häßlich macht die Menschen die Furcht, so läst es, die den Aberglauben erzeugt, nährt und begünstigt.“

Und da bemüht sich das heutige Bürgertum — seiner morschen und immer mehr faulenden Kultur bewußt und daher eifrig bemüht, sich die historischen Worte seiner vergangenen Kultur zu sichern — Spinoza als einen der Ihrigen zu proklamieren! Es ist empört, wenn wir ihn einen Atheisten nennen, wenn wir sein Gedankengut, das dann im Laufe der Jahrhunderte im Feuer der Entwicklung geblüht, über die französische Aufklärung, über Feuerbach und Hegel in das Gedankengut des Marxismus eingegangen ist, als ein unser Gedankengut ansprechen.

Es genügt, wenn wir schließlich den Kampf Spinozas in seinem „Theologisch-politischen Traktat“ gegen den Wunderglauben und die Prophetie nur kurz spezieller umreißen. Geben wir ihm das Wort:

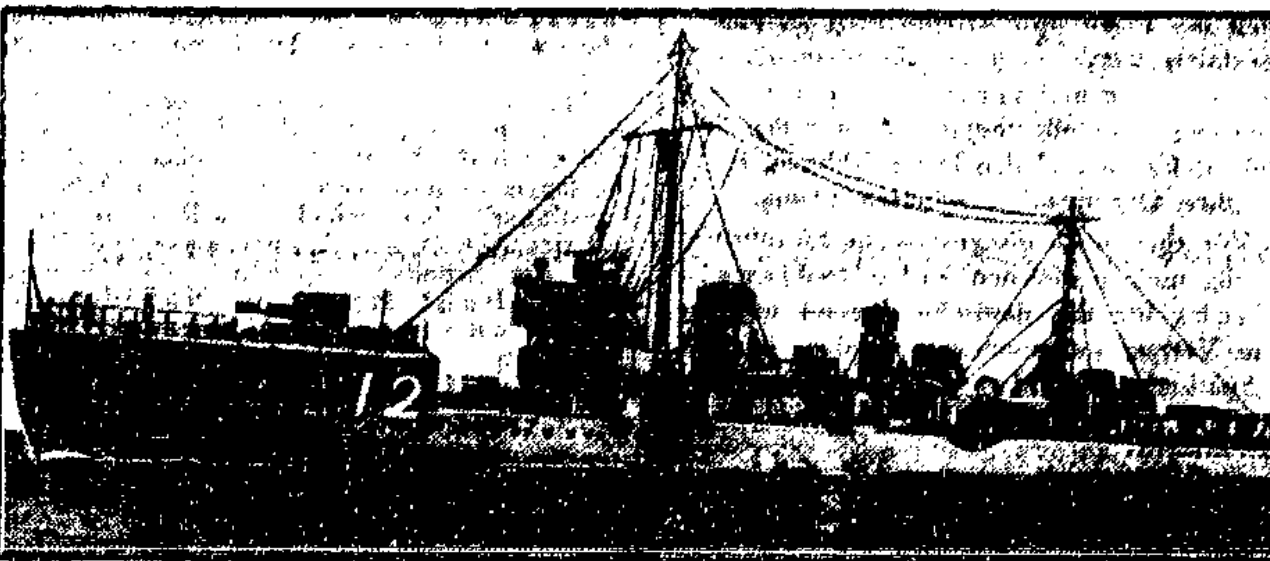
„So ist es gewiß, daß die Alten alles für ein Wunder gehalten haben, was sie nicht erklären konnten... Das Wort Wunder bezeichnet nichts anderes als ein Werk, dessen göttliche Ursache wir nicht durch Beispiel eines anderen bekannten Dinges erklären können.“

Und gegen die Prophetie, „Denn was sie (die Propheten. Der Verfasser!) Lehren, können auch andere Menschen mit ebensoviel Gewißheit und Selbständigkeit, wie sie selbst erkennen und anerkennen. Nicht nur auf Grund des bloßen Glaubens.“ Und dann sehr deutlich und zündend: „Daß die Prophetie die Propheten nicht gelehrt gemacht, sondern sie in ihren vorgefaßten Meinungen belassen hat, und daß wir müßig nicht gehalten sind, in rein spekulativen Dingen ihnen zu glauben.“

Das Gebiet der Propheten sei das der Empfindung und Dichtung. Diese Zitate mögen genügen.

Mancher Arbeiter, der, angeregt durch die Aufsätze, die man aus Anlaß des 300jährigen

Opfer des Japanischen Imperialismus



106 Todesopfer bei der japanischen Schiffs-Katastrophe

Ein japanischer Zerstörer vom Typ des gesunkenen „Sawarabi“. 100 Seemeilen von der Küste von Formosa sank der japanische Zerstörer „Sawarabi“ mit 120 Mann an Bord. Nur 14 Mann der Besatzung konnten gerettet werden, so daß 106 japanische Seeleute bei dieser Katastrophe den Tod fanden.

Geburtstagen von Spinoza jetzt in der gesamten proletarischen Presse finden kann, zu einem der Werke Spinozas greift, wird selber schon nach der Lektüre weniger Seiten zunehmend an unseren Ausführungen Zweifel legen, denn er hat speziell in den zwei philosophischen Arbeiten — fast in jeder Zeile — Spinoza von „Gott“ gesprochen. Man darf dabei aber nicht vergessen, daß Spinoza die übliche Terminologie seiner Zeit die Terminologie der damaligen Wissenschaft einfach übernahmen mußte, um sich seinen Zeitgenossen verständlich zu machen. Bei Spinoza kann man für das Wort „Gott“, das Wort „Natur“ oder „Substanz“ setzen, ohne eine Fälschung seiner Gedanken zu begreifen. Wir werden aber auf seine Philosophie — wie bereits erwähnt — in einem dritten Artikel eingehen.

Als dialektisch denkende Marxistinnen fragen wir uns: Wie konnte Spinoza zum Wortführer des Kampfes gegen Kirche und Religion werden?

Spinoza entstammte einer jüdischen bürgerlichen Kaufmannsfamilie.

Gab es damals bereits ein Proletariat, das den Kampf gegen die Kirche führte? Oder ist Spinoza als ein Phänomen zwischen den Klassen und losgelöst von jeglicher gesellschaftlicher Bindung anzusprechen?

Weder das eine noch das andere trifft zu. Spinoza ist ein Repräsentant der holländischen Bourgeoisie, die sich auf dem Rücken und mit Hilfe der Kräfte eines zu tiefst ausgebeuteten Proletariats Mehrwert akkumulierte. Das Holland von damals war das klassische Musterland des aufblühenden Kapitalismus.

Holland hatte gerade seine bürgerliche Revolution hinter sich, eine, die die Epoche des Absolutismus des reinen Feudalstaates abgelöst hatte. Ringum war aber Holland von feudalen und absolutistischen Staaten umgeben.

Kirche und Absolutismus, Kirche und Feudalstaat waren damals aber in ihrer Wesenheit noch enger verknüpft, als später der bürgerliche Staat und die Kirche.

Und so mußte das Bürgertum und die bürgerliche Revolution der anderen Staaten gleichzeitig Träger und Fortsetzer der Aufklärung und damit zum Kämpfer gegen die Kirche werden. So ist auch Spinozas Lehre nur als Produkt der bürgerlichen Klasse des damaligen Hollands zu verstehen.

Daß nachher in der dialektischen Entwicklung die Fronten des Klassenkampfes sich verschoben haben, oder vielmehr andere Klassen zum Träger eben dieses Kampfes geworden sind, ändert nichts an dieser Tatsache. R.—Kny.

Ein Priester von Wölfen getötet

Madrid, 6. Dezember.

In ganz Spanien ist gegenwärtig eine starke Frostperiode mit Schneefall und schlechtem Wetter eingetreten. Der Verkehr ist namentlich in den Gebirgsgegenden stark behindert. In den Bergen der Provinz Palencia machen sich die Wölfe unheimlich bemerkbar. Man nimmt an, daß ihnen vor mehreren Tagen ein Priester zum Opfer gefallen ist.

Schöne weiße Zähne

erhalten Sie bei richtigem Gebrauch von Chlorodont, der Zahnpasta von höchster Qualität. Sparjam im Verbrauch. Tube 60 Pf. und 80 Pf. Bestellen Sie nur Chlorodont und weißen Sie jeden Erfolg dafür.

Werbt Abonnenten!



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by

Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Das war das schwerste Jahr; die Menschen waren vollständig erschöpft, das Vieh fiel. Doch die Menschen hielten sich: schon deshalb war es ihnen leichter als den Dorfbewohnern, weil sie doch etwas aßen, weil sie täglich zusammenkamen und sich gegenseitig aufmunterten. Im Dorf starben die Menschen wie die Fliegen. Aus eigenen Mitteln und mit eigenen Kräften bauten die Kommune die Pferdeöfen in ein gemeinschaftliches Wohnhaus um und quartierten sich im Winter dort ein. Prochor kam täglich und sprach mit ihnen, faßte ihre Stimmung an, weckte in ihnen Hoffnungen für eine herrliche Zukunft. Wenn es sich aber so traf, daß er nicht kam, regten sich alle auf, wurden unruhig und schickten am nächsten Morgen jemand zu ihm nachsehen, ob er nicht gestorben sei.

Gleich zu Beginn richteten sie einen gemeinsamen Speiseraum ein, in dem sie unentgeltlich verpflegt wurden. Aus der Stadt kamen Genossen, ermunterten sie, knüpften selbst feste Verbindungen mit der Kommune. Einige Fabrikarbeiter kamen, organisierten eine Werkstatt und brachten proletarischen Geist in das Leben der Kommune.

Im Winter begannen die Frauen vor lauter Nichtstun, sich nach ihren eigenen Herden zu sehnen, eine gärende Unruhe ging durch die Gemeinschaft. Auf den Versammlungen kreischten die Frauen immer wieder: „Man hat uns hier zusammengejagt in diese Hölle, und jetzt müssen wir hier sitzen wie Zuchthäuser. Zu Hause war's viel besser; schlecht oder recht, man sorgte aber nur für

sich selbst. Man machte sich beim Herd zu schaffen oder bei den Kälbern im Hof. Aber eins wußte man: das kriegt niemand, das geht in die eigene Tasche! Hol euch der Teufel mit eurer verfluchten Kommune! Kein Leben ist das, das ist ein Gefängnis. Dort waren Wanzen, sie waren aber dein Eigentum, aber hier, hier weiß man nicht einmal, ob dein eigener Mann dir gehört.“

Auf so einer Versammlung erklärte Wjetrow eines Tages:

„Genossen, wenn die Kommune zur Last ist, der melde sofort seinen Austritt an. Es ist besser, sofort wegzugehen, als diesen Ansteckungsherd im Innern zu lassen. Wir haben euch früher nicht verheimlicht, daß unser Einsatz Ausdauer und Ergebenheit ist; auf ihnen baut sich die Disziplin der Arbeit und des gemeinschaftlichen Lebens auf. Wer unsicher geworden ist, wer es sich überlegt hat, wenn es im Bauch rumort — der soll sofort ausscheiden. Stunk machen, faulenzen, die anderen anstecken — das werden wir nicht zulassen.“

Zwei Familien gingen fort, nahmen ihren Anteil heraus, kamen aber zwei Monate später wieder zurück. Und nicht etwa die Männer waren es, die zur Versammlung kamen, es waren die Frauen.

„Genossen Kommune, wir kommen mit dem Geständnis unserer Schuld... gierig waren wir nach unserem Eigentum... wir gingen fort... Es geht aber nicht... nichts Gutes hat uns das Leben in unseren alten Nestern gegeben... Verflucht und verdammt... Zu Tode haben wir uns gegürtet. Verlust sind wir alle... Hätten wir's lieber nicht getan... Nehmt uns wieder auf... Allen werden wir einbläuen: hört nicht auf die blöden Frauenzimmer, die heulen und bellern den Mond an, wie Hündinnen... Und ihr, liebe Frauen, denkt nicht mehr zurück... juckt euch eure Zunge, beläst sie fest, diese verfluchte...“

Die Erklärung der ausgeschiedenen Frauen machte einen erschütternden Eindruck. Für lange Zeit verstummten die Nörgelien und Tratschereien der Frauen. Wjetrows Frau begann schon die Stirn zu runzeln, doch schien sie etwas zu überlegen.

Es war ein wunderbarer Sommer. Die Ernte war herrlich. Die Menschen wurden froher, arbeiteten, ohne aufzuhören. Auf den Feldstreifen wachten sie des Nachts mit Gewehren: sie fürchteten, daß die Bauern aus dem Dorfe das gemähte Getreide stehlen würden. Es begann so, daß auf den naheliegenden Feldstreifen die Getreidehäufen in der Nacht hell aufloderten. Dort gab es keine Wächter. Wer das Feuer gelegt hatte, wußte niemand, aber es breitete sich nicht nur auf den Kommunefeldern aus, es erreichte über die Stoppelfelder hinweg auch die Felder der Bauern. Bauern und Kommune löschten es gemeinsam, die Flammen hatten aber große Flächen der Felder verbrannt. Während des Löschens entstand ein Handgemenge: Die Bauern stürzten sich mit Zaunpfählen auf die Kommune. Jemand verbreitete das Gerücht, daß die Kommune das Feuer gelegt hätten, um die Bauern mit Gewalt in die Kommune zu zwingen. Ein junger Bursche aus der Kommune wurde so schwer verwundet, daß man ihn ins Krankenhaus bringen mußte. Vierundzwanzig Stunden später starb er dort. Im Dorf wurden einige Bauern verhaftet und in die Stadt transportiert. Das Dorf verwandelte sich in ein feindliches Lager. Die Kommune wachte Nacht für Nacht und erwartete Ueberfälle. Eines Nachts wurden zwei Bauernburschen neben der Getreidedarre erwischt, drei andere konnten davonlaufen. Als man sie durchsuchte, wurden kleine Fläschchen mit Petroleum und Messer bei ihnen gefunden. Statt sie sofort zu verhaften, sprach Wjetrow lange mit ihnen, „bearbeitete“ sie, bewirtete sie in der Küche (das geschah in später Nacht) mit den Resten des Nachtmahls, ließ sie gehen und begleitete sie sogar bis zum Dorf. Die Kommune fielen über ihn her, wegen seiner „Humanität“, er freute sich händeringend:

„Komische Burschen seid ihr alle! Das sind doch Niemande. Die werden doch nur vorgeschoben. Die Feinde schlagen uns mit unseren eigenen Händen. Begreift es doch. Und eben diese Hände muß man mit Liebe, mit Vernunft packen und sie nicht abhacken.“

Nach diesem Ereignis beruhigte sich das Dorf langsam und zwischen ihm und der Kommune trat Waffenstillstand ein.

Mit der Ernte konnte man kaum fertig werden, mit den ausgemergelten Pferdchen war es schwierig, das Getreide von den entfernten Feldern einzubringen. Wjetrow, als Vorsitzender der Kommune, brachte Wunder zustande: ganze Tage lang suchte er im Bezirk, schnüffelte in den verborgenen Winkelchen herum, um versteckte oder vergessene landwirtschaftliche Maschinen zu finden. Burkow besaß einst ein Lokomobil und eine Dreschmaschine. Die Maschinen standen irgendwo versteckt, sie waren verschwunden. Eines Tages kam Wjetrow zu Burkow in das Dorf und richtete an ihn geradheraus und hart die Frage:

„Bürger Burakow, wo sind die Maschinen?“ Burakow, ein noch junger Mann, mit einer Krämereleganz, affektierter Sprechart und glattrasiert, nahm schwelgend ein Gewehr von der Wand und klopfte mit dem Finger darauf. „Verehrter Genosse und Euer Hochwohlgeborener! Meinem vernünftigen Gedankengang nach und nach der Faktur der Sache, müßten Sie diese Maschine hier, die sich jetzt in meinen erfahrenen Händen befindet, nach ihrem tatsächlichen Wert beurteilen. Wenn Sie ein überlegender Mensch sind und wissen, was rentabel ist, so werden Sie begreifen, daß Sie so rasch wie möglich von hier vertrieben müssen. Wir sind hier unter vier Augen. Dieses Maschinlein ist speziell für Euer kommunistisches Hochwohlgeborenen geschaffen. Ihr habt mich beraubt und ausgeplündert, und ich werde Euch wie die Spatzen abschreiben.“

Wjetrow trat freundschaftlich lächelnd zu ihm, riß mit einer geschickten Bewegung das Gewehr aus seiner Hand und sagte mit unheimlich verklärender Sanftheit:

„Bürger Burakow, dieses Gewehr werden wir für wilde Enten und Schnepfen gut brauchen. Der Sumpf ist ja hier dicht dabei. Ihnen aber rate ich: seien Sie vorsichtiger! Die Zeit ist nicht allzu weit — wenn nicht heute, dann morgen —, wo Sie nach allen Gesetzen der Untersuchung und des Gerichts Ihren Schädel vor eine Kugel werden stellen müssen. Gegen Feinde und Schädlinge arbeiten wir außerordentlich rasch. Ja nun?...“ (Fortsetzung folgt.)

Das ADGB-„Umbau“-Programm führt zu Schleicher

Eine interessante Polemik im „Freien Angestellten“

Die Verhandlungen der ADGB-Führer zwecks Tolerierung oder Unterstützung des Schleicher-Kabinetts werfen die Frage auf, weshalb gerade der ADGB zu Schleicher kommt. Darüber gibt ein Artikel von Hans Nook im „Freien Angestellten“ vom 1. Dezember, dem Organ des freigewerkschaftlichen Zentralverbandes der Angestellten, eine sehr aufschlußreiche Darstellung. Sein Artikel weist darauf hin, daß die Berührungspunkte zwischen dem ADGB und Schleicher und seinem Kreis im ADGB-Umbauprogramm liegen.

Nook macht in seinem Artikel, den er „Sozialismus der Tat“ betitelt, darauf aufmerksam, daß der bekannte „Tat“-Kreis mit Schleicher in enger Verbindung steht. Der „Tat“-Kreis — so genannt, weil er eine Zeitschrift „Die Tat“ herausgibt — ist eine Vereinigung von Intellektuellen, deren ausgesprochen Zweck ist, die Kräfte der Arbeiterklasse auf neuartigen Wege dem Kapitalismus innen- und vor allem außenpolitisch dienstbar zu machen. Sie wollen die Arbeitermassen an der Wirtschaft und der Machtentfaltung des Reiches nach außen interessieren.

Hans Nook warnt nun in seinem Artikel die Gewerkschaftsführer vor einer Verbindung mit dem im Grunde rein faschistischen Tat-Kreis, also auch mit Schleicher. Er ist beunruhigt, daß es „Sozialisten“ gibt, die in jeder Form der Verstaatlichung einen Anfang der Sozialisierung sehen und sich deshalb auch davon herablassen ließen, daß Schleicher in einer Rundfunkrede erklärte, die Reichswehr (!) wolle keineswegs überlebte Wirtschaftsformen und unheilbare Besitzverhältnisse decken.“ Nook warnt weiter davor, auf die vom Tat-Kreis — in bewußter Anlehnung an das ADGB-Programm — erhobenen Forderungen der Verstaatlichung der Banken und Schlüsselindustrien hereinzufallen und schreibt:

„Der Umbau der Wirtschaft ist für den Tat-Kreis nur die Voraussetzung für das ideale Zusammenwirken der drei großen Machtfaktoren des Staates — Reichspräsident, Reichswehr und Volkswille — zur Wiedergeburt des deutschen Machtstaates. Der Volkswille ist für ihn repräsentiert in der nationalsozialistischen Bewegung und in den Gewerkschaften aller politischen Richtungen. Die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien soll den Volkswillen an den autoritären Staat binden. Aus dieser scheinbar sozialistischen Konzession erwächst die Gefahr einer ungeheuren Diskreditierung des sozialistischen Gedankens, die geeignet ist, die sozialistische Bewegung auf lange Zeit schwer zu schädigen...“

... Bindung des Volkes an den Staat durch scheinsozialistische Maßnahmen mit dem Ziele, die Macht des Staates zu stärken zur besseren Durchsetzung seiner imperialistisch-nationalistischen Wünsche ist das Ziel dieser Bestrebungen. Germania mit der roten Fahne in der Hand ist ihr Sinnbild; aber die rote Fahne nicht als Symbol der Freiheit, sondern als ihr Leichentuch, gefärbt mit dem Blute von Millionen Volksgenossen. Das staatliche Vorbild dieser Staatsvergötzung ist das faschistische Italien...“

Nook zeigt hier ganz richtig auf, daß die dem Worte nach gleichlautende Forderung der Verstaatlichung durchaus Verschiedenes bedeutet, je nachdem welcher politischen Grundhaltung sie entspringt und je nach dem Klasseninhalt des Staates, je danach, wer über die Produktionsmittel verfügt. Leider wendet Nook diese Erkenntnis aber nur nach der einen Seite hin an, nämlich in der Auseinandersetzung mit der faschistischen Bewegung. Folgerichtig müßte er, ehe er sich auf den Boden der ADGB-Verstaatlichungsparole stellt, nun auch untersuchen, welchen Inhalt der sogenannte demokratische Staat der Weimarer Verfassung gehabt hat. Er müßte dann zu dem weiteren Erkenntnis gelangen, daß auch dieser Staat keine Voraussetzung für eine Verstaatlichung im Interesse der arbeitenden Massen bietet, sondern daß das ganze kapitalistische Staatswesen erst vernichtet, auf revolutionärem Wege verändert werden muß. Statt dessen übernimmt Nook kritiklos das ADGB-„Umbau“-Programm.“

Das „Umbau“-Programm“ der SPD und des ADGB fordert u. a. die Verstaatlichung verschiedener wichtiger Industriezweige und eine Staatskontrolle. An dieser Stelle ist demgegenüber wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Verstaatlichungsmaßnahmen, wenn man den bürgerlichen Staatsapparat bestehen läßt und auf die Ersetzung des parlamentarischen Systems durch das Räte-System, durch die Diktatur der Arbeiterklasse verzichtet, niemals zur Aufhebung der Lohnsklaverei, niemals zum sozialistischen Gesellschaftsaufbau führen wird. In unserem SAP-Arbeitsbeschaffungsprogramm ist die Forderung der Verstaatlichung deshalb auch untrennbar verknüpft mit der Uebergangslosig- des Kampfes um die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter selbst. Sie muß ferner aufs engste verknüpft werden mit der Forderung nach einer Arbeiterregierung oder einer Regierung der Werkstätigen als einer Regierung, die sich nur auf die Organe der Arbeiterklasse stützt und die einzig und allein die Interessenvertretung der Arbeiterklasse und der sonstigen Werkstätigen (Kleinbauern, Klein-

handwerker) als ihre Aufgabe betrachtet. In dieser Verbindung wird die Forderung der Verstaatlichung ein Glied des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, während die aus „wirtschafts-demokratischen“ Illusionen entspringende Verstaatlichungsforderung der Reformisten nicht nur nicht zum Sozialismus führt, sondern die Arbeiter irreführt, sie vom Kampf um ihre unmittelbaren Lebensinteressen (höhere Löhne usw.) abhält und passiv macht.

Angesichts dieser Tatsachen entpuppt sich auch der Artikel Nooks wieder einmal trotz eines kritischen Ansatzes als ein Sich-Einfüllen in den für die Arbeiterklasse so verhängnisvollen Kurs des Reformismus. Die deutsche Arbeiterklasse ist allerdings so weit zu-

rückgeworfen, daß es heute notwendig geworden ist, sie davor zu warnen, daß sie nicht auf faschistische Programme hereinfällt, nur weil in ihnen auch das Wort Verstaatlichung vorkommt, das in der Geschichte des Sozialismus nicht unbekannt ist. Aber vor den Arbeitermassen steht zugleich die Alternative, wirklich zum Sozialismus zu kommen oder in der Barbarei unterzugehen, als heute notwendig zu lösende praktische Aufgabe. Deshalb darf und kann sie nicht dort Halt machen, wo es Nook und der „Freie Angestellte“ tun. Sie muß aus der Defensive zugleich in die revolutionäre Offensive übergehen und die Frage der Verstaatlichung so stellen, wie ihr das in unserem Arbeitsbeschaffungsprogramm dargelegt worden ist.

Nazi-Arbeitsklaverei

Die NSDAP fordert sofortige Einführung der Arbeitsdienstpflicht

München, 5. Dezember.

Im Völkischen Beobachter bezeichnet der Beauftragte der NSDAP für Arbeitsdienst, Konstantin Hierl, das bisherige System des Aufbaus und der Organisation des Freiwilligen Arbeitsdienstes als unzulänglich. Im Sommer habe man behauptet, 250 000 Mann ständen im Arbeitsdienst. Jetzt vor Eintritt des Winters werde die Zahl der geforderten Arbeitswilligen auf 50 000 bis höchstens 100 000 Mann herabgesetzt. Das bedeute die Bankrotterklärung des bisherigen Systems, das in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit den Zweck des Freiwilligen Arbeitsdienstes sah. Es bestehe die Gefahr, daß der Arbeitsdienstgedanke überhaupt im Volke in Mißkredit komme.

Die NSDAP fordere daher grundsätzlich, daß der Freiwillige Arbeitsdienst so umgestaltet werde, daß er die planmäßige Vorbereitung und Vorstufe für die Durchführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht bilden und den festen Rahmen für ihre Organisation schaffen könne.

Die Vorarbeiten für die gesetzliche Einführung der allgemeinen gleichen Arbeitsdienstpflicht für die deutsche Jugend müßten ohne Verzug aufgenommen werden, so daß im Spätherbst 1933 der erste Jahrgang

des Arbeitsdienstpflichtigen einbezogen werden könne. Es solle alles getan werden, um die bestehenden geschlossenen Lager als Winterlager durchzuhalten.

Das ist zwar für die Nazis nichts Neues. Aber es ist doch höchst interessant, daß sie mit ihrer erneuten Forderung der Arbeitsdienstpflicht jetzt nach den Reichstagswahlen herauskommen. Vor der Wahl, mit ihrer skrupellosen Agitation, haben sie das nicht nur bewußt verschwiegen, sondern das genaue Gegenteil gesagt. Da konnte man z. B. auf großen Plakaten in Breslau und in allen Nazi-Blättern die Losungen der Nazis lesen:

„Für das Tariffrecht!“
„Gegen Arbeitsklaverei!“

Die Nazis zeigen sich wieder einmal als ganz gemeine Arbeiterbetrüger. Ihr Ziel und Zweck ist nichts anderes als die ganze Arbeiterklasse unter die Fuchtel des Arbeitszwanges, der wirklichen Arbeitsklaverei im Interesse des Kapitalismus, zu bringen.

Aber auch die Rolle der Reformisten, die sich so begeistert für den FAD einsetzen, wird durch die Naziforderung gekennzeichnet. Die Nazis fordern „Erhaltung aller Arbeitsdienstlager“, also auch der des Reichsbanners und des ADGB als „Vorbereitung und Vorstufe der Arbeitsdienstpflicht“. — Darum: Einen Fuß tritt allen Nazidemagogen und ihren indirekten FAD-Helfern. — Kampf der Arbeitsklaverei!

Intern. Bergmannstag im Ruhrgebiet

Dortmund, 5. Dezember.

d. h. Auf Beschluß der Bergarbeiter-Internationale fanden am 4. Dezember in allen Kohle produzierenden Ländern Bergarbeiterkundgebungen statt. Aus Anlaß des Burgfriedens konnten im Ruhrgebiet nur geschlossene Kundgebungen abgehalten werden. In ihren Referaten beschränkten sich die Redner des Bergbau-Industriearbeiterverbandes in der Hauptsache auf die Forderung der Ratifikation der Genfer Konvention und der Verstaatlichung des Bergbaus. Bisher ist das Genfer Arbeitszeitabkommen nur von Spanien ratifiziert worden. An die Regierungen richtete man den Appell zur „wirtschaftlichen Vernunft und Verantwortung“. Die Ausführungen der ausländischen Redner bewegten sich ebenfalls in diesem Rahmen.

Solange sich die großen Bergarbeiterorganisationen auf die Appellation an die Regierungen — wie das jetzt seit Jahren geschieht — beschränken, wird die Arbeitszeitfrage im Bergbau nicht um einzigen

Schritt vorwärts gebracht. Die Verstaatlichung ist unter den heutigen Zeitverhältnissen nicht die geeignete Lösung, um im Lager der Bergarbeiterschaft die einheitliche Kampffront herzustellen. Ist es Naivität oder bewußte Irreführung, wenn die Bergarbeiterführer fortgesetzt an die Vernunft und Einsicht des Unternehmertums und der regierenden kapitalistischen Machthaber in Deutschland appellieren? Sollen diese Herrschaften wirklich einsehen, daß ihr System bankrott ist, und sie abzutreten haben? Wo in aller Welt ist eine herrschende Klasse jemals aus Vernunftgründen von ihrer Herrschaft freiwillig zurückgetreten!

Wir haben keinen Anlaß, an Wunder zu glauben, weshalb der Kampf für eine neue Wirtschaftsordnung um konkrete Ziele geführt werden muß. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP zeigt hier den Weg. Unsere Genossen im Bergarbeiterverband sollten es nicht versäumen, immer wieder an Hand dieses Programms die notwendigen Aufgaben aufzuzeigen.

Lohnkampf im Baugewerbe

Der Bankrott der reformistischen Tarifgemeinschaftspolitik

Die Bauunternehmer nützen die katastrophale Krise, die im Baugewerbe größer ist als in allen anderen Industriezweigen, mit erbarmungsloser Brutalität aus. Jetzt benutzen sie für ihre Lohnrauberei nicht nur die Krisenauswirkungen an sich, sondern auch noch die durch die Jahreszeit- und Witterungsverhältnisse gesteigerte Arbeitslosigkeit. Die Schlichtungsbehörde kommt ihnen dabei mit allen Mitteln zur Hilfe.

Wie bekannt, ist nach dem großen Lohnraub durch die Brüning-Verordnung vom Dezember v. J. gerade den Bauarbeitern durch die Schiedssprüche im Frühjahr 1932 der Lohn nochmals bis zu 34 Prozent gekürzt worden. Gleichzeitig aber haben die Schlichter im Frühjahr bei ihren Schiedssprüchen die

Ablaufkisten der Tarife so gelegt, daß jetzt im Winter der Lohnraub mit verstärkter Wucht fortgesetzt werden kann. Die Ablaufkisten sind in einem Teil der Bezirke auf den 31. Oktober, im anderen auf 30. November und 31. Dezember festgelegt.

Daraus ergibt sich, daß jetzt in den verschiedenen Bezirken Lohnkämpfe unter den schwierigsten Bedingungen für die Arbeiter ausgefochten werden müssen. Die Bauunternehmer begannen in Thüringen. In Mühlhausen diktierten sie selbstherrlich den Lohnabbau von 75 auf 60 Pfennig in der Spitze. Der Baugewerksbund, dessen Führung im Mai—Juni d. J., also in der besten Bauzeit, den Streik gegen den damaligen schamlosen Lohnraub unterdrückte und auf „bessere Zeiten“

vertrübete, sah sich jetzt im November gezwungen, gegen diesen neuen, unverschämten Lohnraub den Streik zu führen. Und — siehe da, bei erstlichem Willen ging es selbst unter diesen, heute viel schwierigeren Verhältnissen als im Juni. Der Streik endete mit vollem Erfolg, die Unternehmer mußten, nach dem Bericht des BGB in der SPD-Presse, den Tarif mit 75 Pfennig Stundenlohn anerkennen.

Dasselbe in Gotha. Hier wollten die Unternehmer den Lohn von 78 auf 60 Pfennig drücken. Antwort der Arbeiter: zweiwöchiger Streik mit dem Erfolg, daß auch hier die Unternehmer den alten Tarif wieder anerkennen mußten. Der Bericht des BGB sagt hier noch:

„Die Bauarbeiter lieben nicht mit sich spielen, obwohl es ihnen schwer fiel, die radikalen RGO-„Klassenkämpfer“ vom Bau — herunterzuholen.“

Wir glauben das nicht ohne weiteres, obwohl wir leider in Breslau beim Steinsetzstreik etwas Ähnliches erlebt haben und die kommunistische „Arbeiterzeitung“ dazu nur die faule Ausrede hatte, daß da, wo der Streikbruch von den RGO-Leuten verübt wurde, der „alte Lohn bezahlt wurde“. Wir fordern auch hier die RGO bzw. die KPD auf, nachzuweisen, daß der BGB falsch berichtet.

Im übrigen Thüringen, sowie im Rheinland und Nordwestdeutschland stehen die Bauarbeiter noch vor dem offenen Konflikt. In Mittelschlesien mit Breslau ist es bekanntlich jetzt zum Streik gekommen, weil die Unternehmer selbst den Schiedsspruch, der für die oberen Klassen den Lohn bestehen ließ, aber für die unteren Klassen kürzte, nicht anerkennen wollen.

Die ganzen jetzigen Lohnkonflikte im Baugewerbe bedeuten den Bankrott der reformistischen Tarifgemeinschaftspolitik. In den ganzen Jahren der günstigen Baukonjunktur wurden die Arbeiter an der vollen Ausnützung ihrer Kampfmöglichkeiten durch den Zentraltarifgemeinschaftsvertrag gehindert. Damals erklärte die Verbandsführung, daß die Tarifgemeinschaft zwar in der guten Konjunktur den Lohn etwas niedriger halte, aber dafür der Lohn in der Krise gesichert sei.

Jetzt sieht man die „Sicherung“. Die Lehre ist, daß die Arbeiter stets genau so rücksichtslos wie die Unternehmer ihre Kampfmöglichkeiten ausnützen müssen. Auch jetzt — das zeigen die erfolgreichen Kämpfe in Thüringen — wäre es falsch, freiwillig zurückzuzweichen. Überall, wo auch nur die geringste Aussicht auf Erfolg besteht, muß der Kampf, auch der Einzelstreik geführt werden.

Aber darüber hinaus ist notwendig, daß endlich die Gewerkschaften dazu übergehen, planmäßig die Streiks in der Richtung zu politischen Klassenaktionen, als Schlag gegen die ganze kapitalistische Klasse und ihre staatliche Lohnabbau-diktatur zu führen.

Wo die Nazis regieren Neue Mietssteuer und Lohnabbau in Oldenburg

Während Herr Hitler der in bitterer Not lebenden Bevölkerung des Thüringer Waldgebietes das Blaue vom Himmel verspricht, führt die oldenburgische Naziregierung auf ihre Art das „Dritte Reich“ ein. Vor der Wahl versprochen die Nazi-Agitatoren landauf, landab Steuererleichterungen. Jetzt wird in Oldenburg nicht anders wie in Thüringen die Steuerschraube von Monat zu Monat fester angezogen. Trotz vier Millionen Steuerrückständen in den letzten Jahren hat die oldenburgische Regierung soeben beschlossen, eine neue Massensteuer, eine Mieterhöhung in Gestalt einer sogenannten Wohnungsnutzungssteuer in Höhe von wahrscheinlich 6 Prozent durchzuführen.

Aber das nicht allein. Die Auszahlung der Beamtengehälter, die in Oldenburg schon tief unter Reichsdurchschnitt liegen, soll bis 31. März hinausgezögert werden, um so eine Entlastung des Staatsbudgets, d. h. einen Gehaltsabbau um 550 000 Reichsmark zu erreichen. Ganz abgesehen davon, daß solche Maßnahmen genau so wenig, wie die der Reichsregierung, eine „Gesundung“ bringen, so dürfte doch dieser unerhörte Angriff auf Beamte, Kleinbürger und Arbeiter wesentlich zur Aufklärung über die Rolle der Nazi-Bewegung beitragen.



Jeden Donnerstag

DIE ENTE

Preis 10 Pfennig

Und zu Weihnachten:

DAS TOLLE ENTENBUCH

Herausgegeben von

Bernh. Gröttrup u. Hardy Worm

Mitarbeiter:

Roda Roda, Erich Weinert,
Peter Scher, Erich Kästner,
Paul Nikolaus u. a.

Reich illustriert / Preis RM. 2.-

Verlag der ENTE, Berlin W 80,
Haberlandstraße 7